

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Naotického nám. 32. nn 6793, Komm.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kz 16.— vierteljährlich „ 48.— halbjährig „ 96.— ganzjährig „ 192.—

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Die Zensur.

Seit dem Attentat auf Dr. Rajshin feiert die tschechoslowakische Zensur wahre Orgien. Unter der Leitung des skandalösen Justizministers besleichen sich die mit der Ueberwachung der Presse betrauten staatlichen Beamten einer Konfiskationspraxis, wie sie kaum je da war. Die Zeitungen der oppositionellen Parteien weisen zahlreiche der berühmten weißen Flecke auf, die eine tschechoslowakische Spezialität geworden sind, denn in keinem zweiten Lande Europas bieten die Zeitungen äußerlich ein ähnliches Bild wie hier und nirgends wird der bestehemische Kindermord an allen freien und kritischen Gedanken so betrieben, wie im Bereiche der tschechoslowakischen Demokratie. Kaum eine einzige Zeitung durfte über den Paeranprozess ein Wort der Kritik, ja nicht einmal ein Wort der Warnung vor der Entgleisung der Justiz veröffentlichen und der wütende Kostfist des Zensors verschonte dabei auch Zeitungen nicht, die alles eher als Organe der politischen Gesinnung Paerans sind. Die Kommunisten haben auf ihrem Parteitage Thesen zur nationalen Frage beschlossen, die in ihrer Tendenz von einer jedes patriotische Herz entzündenden Harmlosigkeit sind — tut nichts, der Zensor beschlagnahmte dennoch große Stücke daraus! Man könnte diesen blinden Eifer auf die psychopathische Verfassung des Zensors zurückführen, die ihn auf alles, was in den kommunistischen Zeitungen steht, so reagieren läßt, wie den Stier auf das rote Tuch, wenn man nicht wüßte, daß er einen ähnlichen Verfolgungseifer auch an den Vätern anderer oppositioneller Blätter übt. So hat er dieser Tage an einer vom Führer der deutschen Agartier, dem Abgeordneten Kröpel, auf dem agrarischen Hauptparteitage in Znaim gehaltenen Rede just drei Zeilen staatswidrig gefunden und sie aus dem Verichte des agrarischen Hauptorgans ausgemerzt. Wo ist früher — man kann da ein Vierteljahrhundert zurückgehen — etwas ähnliches vorgekommen! Die österreichischen Zensoren waren gewiß nicht gescheiter, aber es fehlte ihnen die bedenkenlose Robustheit, die das oberste Merkmal der tschechoslowakischen Meinungsbevormundung ist. Dabei beläßt die Justizbehörde die Zensoren, die gleichsam hinter jeden freien Gedanken einen Polizisten aufstellen, nicht nur in dem Glauben, daß ihre Tätigkeit eine weiß Gott viel staatsretterische ist, sondern sie beläßt sie noch darin. Es ist herrlich weit gekommen mit unserer Freiheit!

Aber den tschechoslowakischen Pseudo-Demokraten ist die Presse noch immer zu wenig vogelfrei. Das soll künftig mit Hilfe des Gesetzes zum Schutze der Republik ganz anders werden! Daß der Zensor bloß das gedruckte Wort morde, erscheint ihnen nicht genug, es sollen auch die Redakteure dafür hinter Schloß und Riegel Buße tun. Und nicht nur die der Behörde namhaft gemachten verantwortlichen Redakteure, sondern auch die Verfasser, die Herausgeber und, wenn möglich, die Drucker. Da nun die Gefahr besteht, daß die Absicht, alles einzusperrern, was an der Herstellung „staatsgefährlicher“ Zeitungen irgendwie tätig ist, bei den Geschworenen vielleicht nicht immer mit der gewünschten Pünktlichkeit erreicht werden könnte, sollen bei Pressedelikten die Geschworenengerichte ausgeschaltet und die verbretterischen Inzulpaten vor einen eigens einzusetzenden Staatsgerichtshof gestellt werden, von dem, da in ihm natürlich durchwegs unabhängige Richter sitzen werden, eine sicherere und promptere Arbeit erwartet wird. Die Reaktion freut sich schon zähneleidend auf dieses Gesetz und erwartungsvoll hegt sie die weitestgehenden Pläne. Mit dem Wunsch nach Mobilisierung der Staatsgewalt gegen die Kommunisten hat es angefangen. Nun gibt das Regierungsblatt, die „Ceskoslovenska Republika“ zu, daß es sich auch gegen die „antistaatlichen“ Tendenzen der Deutschen richtet, und dasselbe Regierungsorgan erklärt mit naiver Unverschämtheit, daß es „höchste Zeit“ sei, daß das Gesetz auch gegen die deutschen Sozialdemokraten zur Anwendung gelange, denn die Haltung des

Ein neuer Orientkrieg?

Das türkische Ultimatum von den Alliierten abgelehnt.

Berlin, 8. Feber. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus London fürchtet man in England den Ausbruch eines neuen Orientkrieges. Das türkische Ultimatum, das den Rückzug der Kriegsschiffe aus dem Hafen von Smyrna fordert, wurde von den Mächten abgelehnt. Die national-türkische Presse fordert die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und die Regierung von Angora beruft die Offiziere wieder zum Dienst ein.

Gewitterstürme in Smyrna.

London, 7. Feber. (Gavas.) Die französische und die englische Regierung haben die Angoraregierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Kriegsschiffe den Befehl erhalten haben, im Falle eines auf sie unternommenen Angriffes sich zu verteidigen.

Der französische Konsul in Smyrna hat die Behörden gebeten, die französische Kolonie an Bord eines französischen Dampfers oder Kreuzers zu bringen.

London, 8. Feber. Reuter meldet aus Konstantinopel: Der türkische Kommandant von Konstantinopel hat die den fremden Kriegsschiffen zum Verlassen des Hafens gegebene Frist verkürzt. Er fordert ihre Abfahrt statt um Mitternacht bereits bei Sonnenuntergang. Die alliierten Oberkommissäre haben die Angoraregierung warnend auf ihre Verantwortung hingewiesen und den alliierten Kriegsschiffen den Befehl gegeben, in Smyrna zu bleiben, bis sie von ihren Regierungen Befehl zur Abfahrt erhalten.

„Sozialdemokrat“ gegenüber dem — Gesetz (!) beweise, daß die „Reihen der Feinde der Republik größer sind“. Wenn ein Regierungsblatt schon jetzt derart die wahren Absichten des Gesetzes zu enthüllen sich getraut und wenn die Reaktion schon jetzt, ehe das Gesetz beschlossen ist, einen solchen gefäßigen Appetit entwickelt, kann man sich vorstellen, wie es werden muß, wenn das Gesetz jede publizistische Gegenwehr ersticken wird.

Es ist nicht die durch das ebenso verbrecherisch wie dumme Attentat des Schoupal hervorgerufene Panik in den Regierungskreisen allein, welche diese neben der Verschärfung aller möglichen Strafbestimmungen auch die Vereitelung des letzten Restes der Pressefreiheit fordern läßt, sondern das bewußte Bestreben, die oppositionellen Parteien tödlich zu treffen. Daß staatliche Gewaltmaßnahmen aber niemals eine politische und soziale Bewegung niederzuhalten vermögen, das ist eine Erkenntnis, welche sich die Regierenden bei uns aus der Geschichte ebenjowenig zunutze gemacht haben, wie die andere, daß eine wirkliche Pressefreiheit an sich noch lange kein Mittel ist, um das Emporkommen — wie es im Polizeijargon heißt — „destruktiver Elemente“ zu bewirken. In Deutschösterreich war die kommunistische Partei trotz der dort herrschenden wirklichen und keinerlei Einschränkungen unterworfenen Pressefreiheit nicht in stande, größere Teile der Arbeiterschaft zu erfassen und ist trotz aller verzweifeltten Anstrengungen in ihrer Anhängerzahl nicht über die einer bedeutungslosen Sekte hinausgekommen. Auch in Deutschland gelang es den Kommunisten trotz aller Freiheit der Meinungsäußerung nicht, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen, und wenn sie sich jetzt dort in unaufhaltsamen Niedergange befinden, so ist dies nicht die Wirkung irgendwelcher Ausnahmsgesetze, sondern die Folge des durch die Aufdeckung der inneren Hohlheit der kommunisti-

Der französische Oberkommissär Pellé hat türkische Journalisten empfangen und darauf hingewiesen, welche Dienste Frankreich der Türkei dadurch erweisen habe, daß es verhinderte, dem Friedensvertragsentwurf die Form eines Ultimatum zu geben. Ueber die Lausanner Verhandlungen sagte Pellé, die Haltung der türkischen Delegation sei offenbar im letzten Augenblick infolge eines aus Angora eingetroffenen Telegrammes geändert worden. Er sagte warnend, er hoffe, daß dieses Telegramm keine neue Entser Depesche sein werde.

Der Hafen von Smyrna durch Torpedoboote geschützt.

Konstantinopel, 8. Feber. (Gavas.) Da der letzte Ausschub der Abfahrt der Kriegsschiffe mittag abgelaufen ist, wurde der Hafen von Smyrna durch Torpedoboote geschlossen. Nur Handelsschiffe und Posten dürfen ankommen.

Smyrna, 8. Feber. (Reuter.) Die Behörden haben die fremden Kommandanten verständigt, daß die für Kriegsschiffe von mehr als 1000 Tonnen festgesetzte Frist zum Verlassen des Hafens bis zum 8. d. mittag verlängert worden sei, um Besatzungen aus Angora abzuwarten.

Ein englischer Militärkommissär in Konstantinopel.

London, 7. Feber. Infolge eines neuen Werdanschlages auf einen Engländer, der erfolglos geblieben war, hat die britische Behörde für Konstantinopel einen Militärkommissär ernannt, der die gegenüber solchen Verbrechen notwendigen Schritte ergreifen soll. Der Distrikt, wo der Ueberfall stattfand, ist durch Militär gesperrt. Die Einwohner sind mit schweren Geldduhen belegt worden.

Die hierzulande immer stärker zutage tretende Neigung zur Anwendung unnatürlicher Zwangsmittel verlockt dazu, die politischen Methoden, nach denen der Staat regiert wird, als aus der Requisitionskammer Metternich stammend anzusehen. In der Tat hatte Metternich eine tiefe Abneigung gegen die „autoritätslose Masse“, die er fürchtete und die er mit stumpfsinnigen Polizeimiteln zum blinden Untertanengehorsam zu erziehen versuchte, wobei er es unterließ, die Kräfte der organischen Natur des Fortschritts in seine Rechnung einzustellen. Es ist auch richtig, daß er durch ein ängstliches Bevormundungssystem und kleinlichen Polizei- und Zensurdruk die Völker Oesterreichs zu gänzlich suchte. Aber gemessen an den heutigen Mächthabern, war Metternich wenigstens an staatsmännischer Begabung doch noch ein anderer Kerl. Zu Ende seiner Regierungszeit war auch Oesterreich keineswegs mehr das „europäische China“, als das es hingestellt wird, denn damals herrschte dort mehr geistige Freiheit, als in manchem anderen Staat. Unsere geistigen Vormünder glauben, heute das System der gewaltsamen Hemmung der politischen Entwicklung durch Festerzählungen der Fesseln der Presse wieder errichten zu können und vergessen, daß schließlich auch für Metternich ein Sturm kam, der das Gebäude seines Lebens in wenigen Stunden zertrümmerte. Das geschichtlich Notwendige wird auch heute kein Ausnahmsgesetz zu behindern vermögen!

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Eine Veröffentlichung des „Rude Pravo“.

Das „Rude Pravo“ veröffentlichte gestern den angeblich authentischen Text des Gesetzes zum Schutze der Republik, der ihm durch einen Zufall in die Hände gelangt sei. Mehrere am gestrigen Nachmittag erschienene Blätter behaupten nun, daß es sich bei der Veröffentlichung des „Rude Pravo“ bloß um den ersten, von den Beamten der zuständigen Ressorts ausgearbeiteten Entwurf, handelt, dessen Wortlaut, noch keinesfalls als endgültig anzusehen sei. Der Entwurf habe in den Beratungen der Regierung und der hiezu eingesetzten Körperschaft wesentliche Veränderungen erfahren, was aus der Fassung des demnächst zu veröffentlichenden wirklichen Entwurfes hervorgehen werde. Auch nach dieser Darstellung langelt es sich bei dem vom „Rude Pravo“ veröffentlichten Texte um die erste Fassung des Entwurfes, die veranschaulicht, welche ungeheuerlichen Pläne in bezug auf die Verschärfung der Bestimmungen des Strafgesetzes bestanden. Um unseren Lesern ein Bild von diesen Absichten zu geben, sei der Inhalt des Entwurfes hier auszugsweise angeführt:

Wer Gewalt anwendet oder droht (!), die Verfassung der Republik zu ändern, insbesondere die Regierung eines Einzelnen, einer Familie oder einer Gesellschaftsklasse aufzurichten, die Verfassungstätigkeit einer geschlossenen Körperschaft, des Präsidenten der Republik, der Regierung oder eines ihrer Mitglieder (!) oder des Gouverneurs von Karpathoruthland einzustellen, das Gebiet der Republik einem fremden Staate einzugliedern oder einen Teil dieses Gebietes abzutrennen, wird mit schwerem Kerker von zehn bis zwanzig Jahren unter Umständen mit lebenslänglichem Kerker bestraft (§ 1).

Wer mit dem Vertreter einer ausländischen Macht in Verbindung tritt, um gegen die Republik etwas zu unternehmen, wer dazu Menschen oder Waffen sammelt, wird mit schwerem Kerker von fünf bis zehn Jahren bestraft (§ 2).

Wer im Kriege dem Feinde irgendeinen Vorteil verschafft: zehn bis zwanzig Jahre schweren Kerkers (§ 3).

Wer einer fremden Macht etwas verrät: zehn bis zwanzig Jahre schweren Kerkers (§ 4).

Dieselbe Strafe ist für militärischen Verrat festgesetzt (§ 5).

Wer Anschläge auf die Republik nicht anzeigt: ein bis fünf Jahre (§ 6).

Wer den Präsidenten der Republik eines Verbrechens zeih (!), das geeignet ist, ihn herabzusetzen (!) oder wer ihn öffentlich lächerlich macht: drei Monate bis zwei Jahre, wer dies in der Presse tut oder Aug in Aug dem Präsidenten gegenüber: drei Monate bis drei Jahre, wer ihn öffentlich beleidigt: drei Tage bis drei Monate. Geschloß das letztere durch die Presse: ein bis sechs Monate (§ 8).

Wer an den Präsidenten der Republik oder ein Mitglied der Regierung eine leichte Körperbeschädigung vornimmt: ein bis fünf Jahre, bei schwerer Körperbeschädigung: fünf bis zehn Jahre (§ 10).

Mord oder Totschlag am Präsidenten der Republik oder an einem Mitglied der Regierung wird mit dem Tode bestraft, hat der Täter das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht, mit lebenslänglichem Kerker. Wer sich zu diesem Zwecke mit irgend jemand verbindet, erhält fünf bis zehn Jahre schweren Kerker; ist es durch diese Verbindung zu einem Anschlage auf das Leben der genannten Personen gekommen: zehn bis zwanzig Jahre. Wer auch nach dem Anschlage in einer solchen Verbindung verbleibt, wird mit dem Tode bestraft, falls er das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, mit lebenslänglichem Kerker (§ 11).

Wer die in den §§ 10 bis 12 bezeichneten strafbaren Handlungen nicht hindert (!), erhält ein bis fünf Jahre (§ 13).

Wer Gewalt anwendet oder gefährliche Drohungen gebraucht, um die gesetzgebenden Körperschaften, ihr Präsidium, Ausschüsse oder Kommissionen, den Präsidenten der Republik, die Regierung oder eines ihrer Mitglieder oder den Gouverneur von Karpathoruthland in ihrer Tätigkeit hindert: fünf bis zwanzig Jahre (§ 14).

Wer ein Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft an den Verhandlungen hindert: ein bis fünf Jahre (§ 15).

Wer die öffentliche Gewalt in ihrer gesetzlichen Tätigkeit hindert: fünf bis zehn Jahre (§ 16).

Gewalt gegen Organe der öffentlichen Macht: sechs Monate bis fünf Jahre (!) (§ 17). Wer an einem öffentlichen Aufstand teilnimmt, obwar der Vertreter der öffentlichen Gewalt den Befehl zum Auseinandergehen gegeben haben, wird mit 14 Tagen bis sechs Monaten schweren Kerker bestraft (!) (§ 18).

Wer an einem öffentlichen Verkauf teilnimmt, obwohl ihm bekannt ist, daß dessen Zweck Gewaltanwendung ist, wird mit sechs Monaten bis fünf Jahren bestraft (§ 26).

Ist der Zweck eines solchen Verkaufes Gewaltanwendung auf Präsidenten der Republik oder auf der gesetzgebenden Körperschaft oder auf der öffentlichen Gewalt: schwerer Kerker von fünf bis zehn Jahren (§ 27).

Wer zur Teilnahme an einem öffentlichen Verkauf auffordert (!) oder dabei Dinge anführt (!), für die er nicht entsprechende Gründe hat, wird mit ein bis fünf Jahren bestraft (§ 28).

Wer Waffen verteilt, wird mit ein bis fünf Jahren bestraft (§ 29).

Ebenso derjenige, der Waffen sammelt (§ 24).

Wer öffentlich zu Verbrechen oder Vergehen auffordert (!), wird mit ein bis fünf Jahren bestraft: bei solchen Vergehen oder Verbrechen, die in den §§ 1, 2, 10 und 11 angeführt sind, mit schwerem Kerker von fünf bis zehn Jahren (§ 26).

Wer unwahre Nachrichten verbreitet (!), erhält ein bis sechs Monate, wer es wissenschaftlich tut, sechs Monate bis ein Jahr (§ 27).

Wer öffentlich zu Gewalt gegen einzelne Gruppen von Einwohnern wegen ihrer Nationalität, Konfession, politischer oder sozialer Anschauungen auffordert, erhält drei Monate bis ein Jahr (§ 28).

Wer an einem geheimen Verein teilnimmt, wird mit einem bis sechs Monaten bestraft (§ 29).

Wer strafwürdige Verbrechen gutheißt: ein bis sechs Monate. Beziehen sich diese Vergehen und Verbrechen auf Handlungen, die in den §§ 10 und 12 genannt sind, sechs Monate bis fünf Jahre (§ 30).

Die Mitglieder des ehemaligen Herrscherhauses, die sich in der Tschechoslowakei aufhalten oder diejenigen, welche ihnen dabei helfen, oder ihren Aufenthalt nicht anzeigen, werden mit sechs Monaten bis drei Jahren bestraft (§ 31).

Wer das Wappen (!) oder die Fahne der Republik, eine Kundmachung (!) oder eine von einem Staatsamt befohlene Aufschrift (!) beschädigt oder beseitigt, das Wappen, die Fahne, die Beschilderung des Staates, Farben, die Sonne des Staates oder Staatsfeiertage schmählich, wer die Fahne, das Wappen eines feindlichen Staates anhängt oder verkauft, wer durch Gesang (!) oder auf andere Weise (!) für diese Art demontriert, wird mit einer Woche bis drei Monaten bestraft und wenn diese Handlung die öffentliche Ordnung bedroht (!), mit schwerem Kerker von ein bis sechs Monaten (§ 32).

Wer durch groben Ungehorsam (!) die Amtstätigkeit hindert: eine Woche bis drei Monate (§ 33).

Wer ein verbotenes Lehrbuch benutzt, wird mit drei Tagen bis drei Monaten bestraft (§ 34).

Eine der bemerkenswertesten Bestimmungen ist der § 35, der im Wortlaut besagt: „Wer wissenschaftlich den öffentlichen Telephon-, Telegraphen-, Post-, Eisenbahn- oder den Verkehr eines anderen Transportunternehmens oder Einrichtungen für die Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft für den öffentlichen Gebrauch stört, wird wegen Vergehens mit schwerem Kerker von ein bis sechs Monaten bestraft.“

bestraft: wenn die Störung tatsächlich eingetreten, mit schwerem Kerker von sechs Monaten bis drei Jahren.“

§ 36 behandelt Strafen bei Lieferungen an den Staat, § 37 die Übertretung der militärischen Disziplin, § 38 das Ueberlaufen zum Feinde, § 39 die Unterstützung des Ueberlaufens zum Feinde, § 40 Verbindungen für einen fremden Staat, §§ 41 und 42 Verrat militärischer Geheimnisse. Im § 43 werden in ähnlicher Weise wie der Präsident und die Regierung der Republik auch die Häupter fremder Staaten und die Vertreter derselben geschützt. § 47 behandelt die Milderungsgründe, im § 48 wird verfügt, daß, wenn die bisher bezeichneten Unterhandlungen im Kriege vollführt werden, die Strafsätze verdoppelt werden. § 49 spricht aus, daß die bedingte Verurteilung für Handlungen, die durch das vorstehende Gesetz strafbar sind, nicht gilt. Im § 50 wird festgesetzt, daß außer Körperstrafen für die in diesem Gesetz vollführten Handlungen Geldstrafen von unbegrenzter Höhe verfügt werden können.

Bei Verurteilungen wegen der in diesem Gesetz behandelten Handlungen tritt gleichzeitig Verlust des Wahlrechtes ein, wenn die Handlung aus niedrigen oder erblosen Motiven (!) begangen wurde. Mit der Verurteilung ist aber stets verbunden der Verlust des öffentlichen Amtes, der Verlust der Stellung eines Advokaten, Notars oder öffentlichen Lehrers, der Vormundschaft, aller Titel und Ehrenzeichen, sowie der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, eine Auszeichnung verliehen zu erhalten (§ 52).

Wegen Verurteilung nach diesem Gesetze kann jeder aus einem bestimmten Orte ausgewiesen werden oder dazu veranlaßt werden, sich in einem bestimmten Orte aufzuhalten (!). In der Täter ein Ausländer, kann er aus dem Gebiet der Republik ausgewiesen werden (§ 53).

Kompetent sind für die Aburteilung der in dem Gesetz genannten Verbrechen die Gerichtshöfe erster Instanz, für Vergehen die Bezirksgerichte (§ 54).

Der § 55 besagt: „Die Kompetenz der Geschworenengerichte in Preisdelikten wird aufgehoben.“ Alle Gesetzesbestimmungen, die dem vorliegenden Gesetz widersprechen, werden aufgehoben.

Im Artikel zwei des Gesetzesentwurfes wird bestimmt, daß das Gesetz acht Tage nach seiner Gesetzgebung in Kraft tritt.

Das Gesetz zum Schutze der Republik wird, wie die „Narodni Listy“ melden, einer am Freitag stattfindenden gemeinsamen Beratung der Fünferkommission und der Vertreter der Regierung vorgelegt und der endgültigen Redaktion unterzogen werden. Am Montag wird es vor den Fünfundzwanzigerausschuß der Koalition gelangen; es wird möglicherweise in drei Gesetze zerlegt werden. — Das Justizministerium bereitet eine Änderung des Preßgesetzes vor. Die Vorlage wurde seinerzeit dem Abgeordnetentum überreicht, aber infolge des entschiedenen Widerstandes, der ihr in Journalistenkreise begegnete, vom Justizminister wieder zurückgenommen. Die Regierung will die definitive Fassung zu Beginn der Frühjahrsession dem Hause unterbreiten.

Teil der durch die Wirtschaftskrise beschäftigungslos gewordenen Personen zu schaffen, kündigte der Aufruf der Regierung die Vornahme notwendiger öffentlicher Bauten an. Elektrizitätswerke, Meliorationen, Talsperren, Straßen- und Brückenbauten sollten in Angriff genommen werden, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Ebenso wurden staatliche Lieferungsbestellungen in großem Umfang in Aussicht gestellt. Durch eine Veränderung sollte ermöglicht werden, die Ursachen zu überprüfen, aus denen Betriebseinsparungen oder Betriebseinstellungen erfolgten. Weitere notwendige Maßnahmen zur Vermeidung von Betriebseinstellungen wollte die Regierung in Erwägung ziehen. In dem Aufrufe war ferner die Rede davon, daß die Regierung Schritte zu unternehmen gedenke, den Zinsfuß von Anleihen bei den Geldinstituten herabzusetzen. Eine Novellierung des Gesetzes über die Kohlenabgabe im Sinne von Erleichterungen sollte sich damals bereits in Vorbereitung befinden. Ebenso wurden Ermäßigungen der Eisenbahnzölle in Aussicht gestellt. Dann sollten die Posttarife herabgesetzt werden und in gleicher bestimmter Form versicherte die Regierung in ihrem Aufrufe eine Änderung der Zölle, soweit eine solche durch die Wirtschaftslage dringend geworden ist.

Zeit der Veröffentlichung des Aufrufes der Regierung, der sich mit der Wirtschaftskrise und deren Folgen beschäftigte, sind fünf Monate verstrichen, ohne daß die jetzige Regierung ernstliche Schritte zur Bekämpfung und Linderung des wirtschaftlichen Notstandes unternommen hat. Von dem großen Investitionsprogramm, dessen Ausführung zahlreichen beschäftigungslosen Arbeit und Brot schaffen sollte, ist zwar mehrmals gesprochen worden, doch wurde bisher nur in sehr vereinzelten Fällen mit Kostandsbauten begonnen. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist in den letzten fünf Monaten von Woche zu Woche größer geworden. Die Zahl der vollständig Arbeitslosen geht in die Hunderttausende und mindestens ebenso hoch ist die Zahl der Kurzarbeiter. Große Industriezweige liegen ganz darnieder und hunderte Industriebetriebe sind seit Monaten stillgelegt, ohne daß Aussicht besteht, sie bald wieder in Betrieb zu setzen. Von Stunde zu Stunde wächst die Not der Arbeitslosen, ihr Elend nimmt in verhängnisvoller Weise zu, da die staatliche Arbeitslosenunterstützung in ihrem heutigen Ausmaße nicht ausreicht, die Kosten der notwendigen Lebensmittel und auch andere Waren des täglichen Bedarfes werden wieder teurer. Es ist seit der Veröffentlichung des Aufrufes der Regierung nichts Ernstliches unternommen worden, um die Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung zu verringern. In der Frage der Novellierung der Kohlenabgabe hat die Regierung die der Bevölkerung gemachten Zusagen nicht eingehalten. In den Zölle ist keine Änderung eingetreten, ebenso bestehen im allgemeinen die hohen Frucht- und Posttarife weiter, durch die das gesamte wirtschaftliche Leben äußerst ungünstig beeinflusst wird. Die Verordnung der Regierung, die sich auf die Einführung einer kurzen Mündigkeitsfrist bei Massenentlassungen von Arbeitern bezieht, ist völlig unzulänglich und durchaus ungeeignet, die Arbeiter, die von Massenentlassungen bedroht werden, zu unterstützen. Ebenso ist die bloße Verlängerung des Gesetzes über die staatliche Arbeitslosenunterstützung mit den geringfügigen Veränderungen, die daran vorgenommen wurden, keine Maßnahme, die sich mit den Ankündigungen deckt, die der Aufruf der Regierung vom September v. J. enthält.

Nachdem die Regierung verfaunt hat, geeignete Schritte zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Wiederbelebung der Industrie zu unternehmen, ist sie mißglücklich daran, daß Hunderttausende von Arbeitern die schwersten Entbehrungen zu ertragen haben, sie ist verantwortlich für alle Folgen, die sich aus der längeren Dauer der wirtschaftlichen Krise und aus noch immer anhaltenden Verschlimmerungen ergeben.

Die Interpellanten fragen daher die Gewaltregierung, ob sie endlich bereit ist:

1. Die in dem Aufrufe vom 10. September v. J. angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Opfer der Krise durchzuführen;
2. Die Erzeugungsmöglichkeiten der Industrie dadurch zu steigern, daß alle drückenden Belastungen, wie die im Vergleiche zu anderen Staaten viel zu hohen Frachtzölle und Posttarife in ansehnlichem Maße herabzusetzen;
3. Die Kohlenabgabe zu beseitigen;
4. Durch ein Gesetz dafür zu sorgen, daß Betriebseinsparungen und Betriebseinstellungen nur nach vorheriger Überprüfung der Ursachen und nur in den äußersten Fällen erfolgen dürfen;
5. Die notwendigen Mittel bereitzustellen; damit in den Industriebezirken der Tschechoslowakei die Kostandsbauten ausgeführt werden können, die bereits geplant sind.

Gegen den geistlichen Mord.

Die Häufung von Todesurteilen, die in der letzten Zeit von tschechoslowakischen Gerichten ausgesprochen wurden und die Auseinanderfolge zweier Hinrichtungen innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen hat in breiten Kreisen der Bevölkerung spezifische Erregung verursacht und dem Problem der Beseitigung der Todesstrafe besonders Aktualität verliehen. Deshalb und seiner prinzipiellen Auffassung gemäß hat der Klub der tschechischen Sozialdemokraten einen Antrag ausgearbeitet und sich an alle Parteien gewendet, um ihre Unterschrift für seinen Antrag zu erlangen, der die Abschaffung der Todesstrafe zum Inhalte hat und der als Dringlichkeitsantrag eingebracht werden soll, so daß 117 Unter-

schriften erforderlich sind. Ob es gelingen wird, diese Zahl von Unterschriften zu erreichen, bleibt abzuwarten.

Wir beantragen, das nachfolgende Gesetz zu beschließen: Gesetz vom . . . 1923, mit welchem in der tschechoslowakischen Republik die Todesstrafe abgeschafft wird. Die Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik hat nachstehendes Gesetz beschlossen: Artikel I. Die Todesstrafe wird auf allen Gebieten der Strafrechtspflege abgeschafft. Überall, wo in den bisherigen Gesetzen eine Straftat mit der Todesstrafe bedroht ist, tritt an Stelle der Todesstrafe das zulässige Höchstmäß der Freiheitsstrafe. Artikel II. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. Mit seiner Durchführung werden die Minister für Justiz und für nationale Verteidigung betraut.

In der Begründung heißt es:

Nachdem zwei Wochen früher im Strafgerichtshaus in Lador der Mörder Lubo Novak durch den Strang hingerichtet worden war, wurde Mittwoch, den 20. Jänner, im Hofe des Proger Strafgerichtes die Hinrichtung an dem Doppelmörder Josef Kollinsky vollzogen. Von den Jahren des Weltkrieges abgesehen, in denen die Arbeit des Henkers organisch wüthete, ist in Prag seit dem Jahre 1902, also innerhalb eines Zeitraumes von mehr als 20 Jahren, nicht eine Hinrichtung vollzogen worden. Nun aber war Böhmen innerhalb eines Zeitraumes von zwei Wochen zweimal der Schauplatz des grauenvollen Schauspielers. Diese Tatsache erscheint geradezu unbegreiflich, da in dem Entwurfe des allgemeinen Teiles des neuen Strafgesetzbuches, welchen der Justizminister im Mai 1921 der Öffentlichkeit vorgelegt hat, die Todesstrafe beseitigt ist. Der Motivenbericht sagt hierzu wörtlich: „Was die Todesstrafe betrifft, so steht der Entwurf grundsätzlich auf einem ablehnenden Standpunkt. Denn, abgesehen von anderen oft wiederholten Gründen, hält er dafür, daß eine zweckentsprechend durchgeführte langfristige Freiheitsstrafe die gleichen Ziele erreicht, ohne daß sie mit Gefährlichkeiten verbunden ist, welche die Todesstrafe stets zu einer unerwünschten Maßnahme machen.“

Die Durchführung dieses prinzipiellen Standpunktes mußte schon vor dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzes gehandhabt werden, zumal das bestehende Gesetz die Möglichkeit dazu gibt. Der Vollzug der Hinrichtungen in Lador und Prag erweist indes das Gegenteil. So daß sich der unerträgliche Zustand ergibt, daß Todesstrafen vollzogen werden, obgleich das Justizministerium die Todesstrafe als geeignetes Strafmittel prinzipiell ablehnt.

Dieser zweifellose Widerspruch ist gewiß geeignet, das Rechtsbewußtsein im höchsten Maße zu erschüttern, weshalb schon aus diesem Grunde die rascheste Durchführung der beantragten Reform unerlässlich ist.

Unter den Gründen, welche zur Rechtfertigung der Notwendigkeit der Todesstrafe angeführt wurden, hat man insbesondere deren abschreckende Wirkung betont. Die Erfahrungen widerlegen diese Argumentation. Die ganze Justizpflege des Mittelalters mit ihrem unheimlich grausamen Strafsystem konnte die Zahl der Verbrechen nicht mindern; die Tatsache ferner, daß in vielen Kulturstaaten die Todesstrafe seit Jahrzehnten aufgehoben ist, beweist keineswegs eine Vermehrung der Verbrechen. Am Tage vor der Hinrichtung in Prag wurde in Smichov ein neuer Raubmordverfuch verübt, ein Beweis, wie wenig die durch die Wälder bekanntgemachte Exekution abschreckend zu wirken geeignet war. Mit weit größerem Rechte kann man behaupten, daß der Vollzug der Todesstrafe auf die Menschen verwerdend wirkt und daß durch die Gewöhnung der Phantasie an das blutige, grausame Schauspiel, durch die Abstumpfung des Gewissens, durch den Andrang der Menschen zum entsetzlichen Schauspiel der Hinrichtung das Seelenleben der Menschen unheilvoll beeinflusst wird; die Hemmungen gegen das Verbrechen werden vermindert, die Häufung seines Vergehens wird begünstigt durch die Vernichtung der Vorstellung von der Heiligkeit des Lebens, „wenn nicht einmal der Staat selbst die Unverletzlichkeit des Lebens anerkennt und die kultivirte Menschentum zu einer regelrechten Institution erhebt“ (Lammach; Grundriss S. 33).

Zweck jeder Strafe muß die Abhilfe sein, auf den Täter bessernd zu wirken. Diese Wirkung schließt die Todesstrafe völlig aus, sobald sie aufhört, ein Strafmittel zu sein. Sie ist nicht Strafe, sondern blutige Rache, die umso einschlicher ist, als ein Justizirrtum nicht völlig ausgeschlossen ist. Zeugenaussagen, Indizienbeweise, Sachverständigenurteile, auf die sich nicht selten auch ein Todesurteil stützt, sind keine Beweismittel, die Irrtümer absolut ausschließen. Die vollzogene Todesstrafe ist aber unrepairabel. Die grauenvolle Vorstellung allein, daß sie aufgrund eines Irrtums vollzogen werden könnte — und die Geschichte kennt solche Fälle — müßte die Ausmerzung der Todesstrafe zum Gebot einfacher Menschlichkeit machen. Das Verbrechen entspringt gar oft sozialen Wirkungen, Vererbung, mangelhafter Erziehung, Verwahrlosung in der Jugend; Hunger und Not sind in den meisten Fällen die Ursachen, aus denen das Verbrechen erwächst. Der unheimliche Leigerische Massenmord 1914—1918, die systematische Erziehung zur Tötung des Mitmenschen hat das übrige getan. Nicht blutige Rache kann das Verbrechen eindämmen, nur soziale Fürsorgertätigkeit, besonders auch allen geistig Arripelhaften gegenüber, die Pflege der Achtung vor dem Leben des Nächsten, die Bekämpfung der wirtschaftlichen Not sind die Mittel, dem Verbrechen entgegenzuwirken. Vor Individuen aber, deren Veranlagung das Leben der Mitmenschen bedroht, vermag sich die Gesellschaft durch die Abspernung dieser Entarteten von der übrigen Menschheit zu schützen.

In formaler Beziehung wird die Zuweisung an den Rechts- und Verfassungsausschuß beantragt.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Dringliche Interpellationen unserer Abgeordneten über die Ruhrbesetzung, gegen die Wirtschaftsnot und für die Abschaffung der Todesstrafe.

Für die Beilegung des Ruhrkonfliktes.

Die Abgeordneten Dr. Czech, Cermak, Hillebrand und Genossen haben an den Minister für auswärtige Angelegenheiten folgende Interpellation gerichtet:

Die französische Regierung hat unter Bruch des Völkervertrages und Verletzung des Versailler Friedensvertrages verfügt, daß das Deutschland gehörige Ruhrgebiet militärisch besetzt wird. Diese Maßnahme soll dem Zwecke dienen, Reparationen für Frankreich zu erhalten. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes wendet sich begreiflicherweise dagegen, unter militärischer Aufsicht zu arbeiten, die Bevölkerung des Ruhrgebietes hat eine Erregung erfährt. Verschleppungen von Personen und andere zahlreiche Gewalttaten wurden täglich in diesem Gebiete von den Besatzungsarmeen verübt. Mit leidenschaftlicher Erregung verfolgt insbesondere die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakischen Republik diese verhängnisvollen Vorgänge, die Martern, die an dem durch den Versailler Diktatfrieden niedergeworfenen Deutschland geübt werden. Die deutsche Arbeiterschaft in der Tschechoslowakischen Republik steht mit ihren herzlichsten Sympathien an der Seite ihrer Brüder in Deutschland, die als die eigentlichen Opfer des Krieges und des Gewaltfriedens in tiefstem Elend gesunken sind.

Aber auch auf anderen Gebieten hat sich die internationale Situation außerordentlich verschärft.

Die Bemühungen der Konferenz in Lausanne, einen neuen Friedensvertrag mit den Türken zustande zu bringen, sind gescheitert, im Orient Europas sieht die Gefahr eines Krieges wieder vor uns. Eine sieberhafte politische Erregung in Rumänien, eine außerordentliche Beunruhigung und Spannung im Verhältnis der Nachbarstaaten zu Ungarn läßt befürchten, daß diese Vorgänge auch auf die Tschechoslowakische Republik einwirken.

Alle diese außenpolitischen Vorgänge, insbesondere der schwere Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich berühren die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Tschechoslowakischen Republik in eminentester Weise. Es ist daher das dringendste Interesse der Bevölkerung dieses

Staates, vom Leiter der Außenpolitik zu erfahren, wie sich die Tschechoslowakische Republik in der Zeit der Entwicklung dieser Konflikte verhalten hat und wie sie sich in der nächsten Zeit zu verhalten gedenkt, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln sie bereit ist, die Lebensinteressen der Bevölkerung zu schützen und dahin zu wirken, damit die schweren wirtschaftlichen Nachteile und Schäden für die Völker dieses Staates abgewendet werden. Wohl hat der Herr Minister für auswärtige Angelegenheiten im Außenausschuß des Abgeordnetenhauses einen Bericht erstattet. Zeitlicher sind neue Ereignisse, schwerwiegende weitere Komplikationen eingetreten. Ueberdies sind wir auch der Meinung, daß derartige lebenswichtige Fragen unbedingt vor dem Forum des Plenums des Abgeordnetenhauses beraten werden müssen, damit nicht nur das Mitglied eines Ausschusses, sondern sämtliche Mitgliedern des Hauses Gelegenheit zur Aussprache geboten wird.

Daher fragen die Interpellanten:

1. Ist der Herr Minister für auswärtige Angelegenheiten bereit, in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses zu erscheinen und einen ausführlichen Bericht über die außenpolitische Situation zu erstatten?

2. Ist er bereit, durch Zählungnahme mit den verbündeten Mächten auf die rascheste Beilegung des Ruhrkonfliktes hinzuwirken?

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Abgeordneten Schäfer, Hofner, Wohl und Genossen haben an die Gesamtregierung betreffend die Unterlassung von Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise und deren Folgen folgende Interpellation gerichtet:

Am 10. September v. J. hat die damalige Regierung in einem Aufrufe an die Gesamtbevölkerung Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise angekündigt. Unter anderem wurde eine durchgreifende Bekämpfung der Teuerung in Aussicht gestellt, damit die Kaufkraft der tschechoslowakischen Krone im Anlande ihrem Werte auf den ausländischen Geldmärkten angepaßt werde. Um Arbeitsmöglichkeiten für einen

Sitzung des Klubs der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Am 7. Feber 1923 fand eine Sitzung des Klubs der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Vorsitz des Genossen Cermal statt, in der zunächst Genosse Dr. Czoch einen ausführlichen Bericht über die außenpolitische Situation erstattete. Er besprach die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die sich aus der Besetzung des Ruhrgebietes auch für alle Nachbarstaaten Deutschlands ergeben und berichtete über die Besprechung, die das Präsidium der Klubs der Abgeordneten und Senatoren mit dem Minister des Innern, Dr. Benesch, hielt. Nach einer Debatte, an der sich die Genossen Pohl, Cermal, Hillebrand und Schäfer beteiligten, wurde die Stellungnahme der Vertreter im auswärtigen Ausschuss genehmigt und beschlossen, im Plenum den Antrag einzubringen, daß der Minister des Innern erscheinen und über die außenpolitische Lage Bericht erstatten soll.

Sodann besprach Genosse Dr. Czoch die innenpolitischen Zustände und die Absichten der Koalitionsparteien, den Gesetzentwurf zum sogenannten Schutz der Republik einzubringen. Ueber das Verhalten des Klubs zu diesem Entwurf kann erst in einem späteren Zeitpunkt Beschluß gefaßt werden.

Der Antrag des Genossen Hillebrand, einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Todesstrafe einzubringen, wurde einstimmig angenommen und der Beschluß gefaßt, in einem Schreiben sämtliche Parteien der Nationalversammlung aufzufordern, diesen Antrag zu unterstützen.

Sodann wurde in eingehender Weise die wirtschaftliche Lage, in der sich infolge der Krise, die mit unverminderter Heftigkeit weiterwirkt, das deutsche Proletariat befindet, erörtert. Alle Redner berichteten von der verzweifelten Stimmung, die sich der Arbeitslosen in allen Gebieten bemächtigt hat. Nirgends sind Anzeichen einer Wiederbelebung der Industrie bemerkbar. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Arbeitslosen mit der länglichen staatlichen Unterstützung auch nur das notwendigste Auskommen finden. Es ist ein trauriges Zeichen des völligen Versagens des Staates in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, daß zahlreiche Industriegemeinden, die selbst schwer verschuldet sind, sich in der Zwangslage befinden, Kinderausweisungen und andere Wohltätigkeitsaktionen zu organisieren und den Hunger, wenn auch nur einigermaßen und unzulänglich, zu bekämpfen. Die Sitzung beschloß, dringliche Interpellationen wegen des völligen Versagens der Regierung im Kampfe gegen die Industriekrise und darüber einzubringen, daß der geringe Preisabbau ins Stocken geraten, ja daß sogar wieder die Verteuerung lebenswichtiger Nahrungsmittel erfolgt ist. Um den furchtbaren Drangsaliierungen, denen die Arbeitslosen beim Bezug der staatlichen Unterstützung von den Behörden ausgesetzt sind und dem Versuch weiterer Droffellungen an den Arbeitslosenunterstützungen entgegenzuwirken, wird der Klub auch in dieser Frage eine dringliche Interpellation einbringen. Vorher wird eine Besprechung mit dem Minister für soziale Fürsorge, den Fachreferenten dieses Ministeriums und jenen des Finanzministeriums stattfinden, an der außer dem Präsidium die Genossen Hausmann, Palme, Pohl und Roscher teilnehmen werden.

Die Schwarze Börse in Moskau.

Von Georg Popoff.

Eine sensationelle geschichtliche Begebenheit hat sich vor einigen Wochen ereignet, ohne daß sie von der Welt beachtet worden wäre: die berühmte Moskauer Schwarze Börse ist von der „Nijnka“, von der offenen Straße, deren Namen sie trägt, in eine mit Glas gedeckte Kaufhalle, unter Dach und Fach, gezogen. Wenn man bisher von der Börse sprach, so sagte man einfach — „Nijnka“. Nun befindet sich aber das neue Lokal auf einer anderen Straße, der „Nikolskaja“, weshalb die Schwarze Börse eigentlich überhaupt kein Recht hätte, sich „Nijnka“ zu nennen. Auch verläutet, daß die Sowjetregierung bald die Eröffnung einer regelrechten Fondsbörse beabsichtigt. Zweck „Normalisierung“ des Sowjethandels. Es ist also höchste Zeit, der „Nijnka“ einen gefühlvollen Nekrolog zu schreiben.

Die Schwarze Börse hat die fünf Jahre der Bolschewikenherrschaft bestanden. Ist gab sie nur kaum merklie Äußerungen von sich. Die Faust der Tscheta würgte zu fest. Dann konnte sie aber wieder aufleben. Ihre Dasein war wechselvoll wie das Leben einer vielunverwundenen Frau, die „etwas zu geben“ hat. Ein fünfjähriges Leben voll Aufregung, Ereignissen und ... Poesie. Und das soll nun zu Ende sein? Denn durch diese größte Ueberfiedlung ist Madame „la bourse noire“ zu exponiert, zu öffentlich geworden. Ihrer Reize beraubt. Es ist kein diskretes, interessantes und inhaltsreiches Leben mehr. Die wirkliche Bitanterie fehlt.

Doch wie ereignete sich die Ueberfiedlung? Es ist nie ganz klar geworden. Aber es verläutete — die Staatsbank, die eifersüchtige Rivalin der „Nijnka“, hätte bei diesem Werk ihre Kräfte im

Inland.

Aus den Koalitionsklubs. Am gestrigen Tage beriet der Zehnerausschuß mit den Experten der einzelnen Koalitionsklubs über die Frage der Zollkoeffizienten und über den Kampf gegen die Teuerung. Es wurde beschlossen, einen besonderen Ausschuß zur Bekämpfung der Teuerung einzusetzen. Dieser Ausschuß soll sich darum kümmern, daß das Ernährungsministerium energisch gegen die Verteurerer der notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel vorgeht. In den Nachmittagsstunden wurden Mieterschutzfragen behandelt. — Im Abgeordnetenhause hat eine Sitzung der Abgeordneten und Senatoren der tschechisch-slowakischen Volkspartei stattgefunden. Minister Schramel hielt ein Referat über die politische Situation. Ueber das Gesetz zum Schutz der Republik berichtete Abgeordneter Dr. Rosel. — Auch die Slowakischlerikalen hielten Beratungen ab.

Die deutsche Völkerverbundliga und die Ruhrbesetzung. Der Vorstand der Deutschen Völkerverbundliga in der tschechisch-slowakischen Republik hat in seiner am 5. Feber abgehaltenen Sitzung nachstehende Resolution gefaßt:

Die deutsche Liga für den Völkerverbund und Völkerverständigung in der tschechisch-slowakischen Republik begrüßt die Anregung des Generalrates der Union der Völkerverbundligen in Brüssel, zu den Ereignissen im Ruhrgebiete Stellung zu nehmen, auf das wärmste. Sie bedauert, daß Frankreich mitten im Frieden in unhaltbarer Auslegung des Friedensvertrages von Versailles einen wehrlosen Nachbarn angegriffen hat und dabei das Völkerrecht mißachtet. Sie weiß sich eins mit den Schweizerligen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich, England und der Schweiz und ist gleichfalls der Ansicht, daß die Lösung der Reparationsfrage Sache des Völkerverbundes ist. Sie fordert daher die tschechisch-slowakische Regierung auf, in dieser Richtung tätig zu sein und so im Interesse des dauernden Weltfriedens und im Interesse des Staates selbst beizutragen zur Herbeiführung ungeklärter Lebensverhältnisse, deren die ganze Welt so dringend bedarf.

Diese Rundgebung wurde dem Generalsekretariate der Union in Brüssel, sowie allen Völkerverbundligen der Welt übermittelt.

Die Gerüchte über eine tschechische Mobilisierung.

Dresden, 8. Feber. (Tsch. P.) Die Antihauptmannschaft Auerbach im Vogtlande gibt folgenden Bericht: In der Bevölkerung sind vor einigen Tagen beunruhigende Gerüchte über militärische Vorbereitungen der tschechisch-slowakischen Regierung umgegangen. Die Antihauptmannschaft ist solchen Meldungen auf das sorgfältigste nachgegangen und möchte zur Beruhigung der Bevölkerung darauf hinweisen, daß sämtliche Gerüchte, soweit sie Anlaß zu einer Beunruhigung geben könnten, in keiner Weise bestätigt wurden. Wenn auch in der heute gespannten Lage eine scharfe Beobachtung der Vorgänge jenseits der Grenze durchaus verständlich ist, so müßte doch andererseits von einer Verbreitung übertriebener Gerüchte dringend gewarnt werden. Ferner teilt die tschechische Gesandtschaft einem Plawener Blatte mit, daß alle beunruhigenden Nachrichten über eine Mobilisierung absolut unbegründet seien. Aus den Erklärungen des Ministers Dr. Benesch gehe unmißverständlich hervor, daß die Regierung an irgend welche militärische Aktionen nicht denkt.

Spiel gehabt. Es besteht folgende Legende: die Staatsbank hatte bisher bei der „Nijnka“ oder beim Pleonadenmarkt einen eigenen Agenten. Dieser Mann gewann dort täglich mehr Einfluß. Er verkaufte Gold, echte gülbene Dukaten. Obgleich mit dem wohlgeleitungen Porträt des „blutigen Nikolaus“ verziert — die Bolschewisten sind hierin großzügig — wurden die Dukaten gekauft. Nun erklärte dieser Agent der Staatsbank eines Tages, es war in der letzten Novemberwoche des Jahres 1922, daß es ihm unter freiem Himmel auf der „Nijnka“ zu heiß und zu kalt wäre. Er packte seine sieben Sachen, siedelte zu den Handelsreihen, dem „Gostinny Dvor“ über und eröffnete hier eine Bude. Und ... alles zog diesem Manne, diesem Rattenfänger, nach. Denn nur er hatte ja die gülbene Dukaten zu verkaufen. Nach Golde drängt doch alles.

Die „Nijnka“ und ebenfalls die neue Börsestraße, die „Nikolskaja“, befinden sich in der sogenannten Chinesenstadt, einem Stadteil Moskaus, der, ebenso wie der Kreml, an den sich die Chinesenstadt anlehnt, von einer uraltten Mauer mit zahlreichen Türmen umgeben ist. Die Chinesenstadt heißt auf russisch „Mital-Gorod“. Es ist die einstige und auch heutige City Moskaus. Krumme Gassen, enge Passagen, Gebäude von alter byzantinischer Architektur. Dann wieder große Geschäftshäuser, doch unterbrochen von zahlreichen Kirchen, Glockentürmen mit goldenen Klappeln und dem orthodoxen Kreuz an der Spitze. Auch die fast ästhetisch aussehenden Türme der Kremnmauer lugen hier und da hervor. Ist schreitet man durch scheinbar unmotiviert hingebaute Torbögen. Ueberall an den Häusern und an den Portalen hängen Ikonen, die Gottesbilder mit der brennenden Vellampe. Der alte partiarchalische russische Kaufmann, der „Jmenity Kupez“, betete zu Gott und hoffte, daß das Ikon über seinem Tor ihn und seinen Geldschrank vor Raub und allem

Die Ruhrbesetzung.

Protest gegen die Besetzung von Offen- burg und Appenweier.

Eine deutsche Note an Frankreich.

Berlin, 8. Feber. (Wolff.) In einer durch den deutschen Geschäftsträger in Paris übergebenen Note heißt es: Die französische Regierung hat der deutschen Regierung Vertragsverletzung vorgeworfen, weil sie die Durchleitung der internationalen Güte Paris—Butarest und Paris—München—Brag eingestellt hat. „Als Sanktion“ werden sie Offenburg und Appenweier besetzen, welche Besetzung am Tage der Uebermittlung der Note tatsächlich durchgeführt wurde. Die deutsche Note sagt weiter: Infolge des Kohlenman- gels und anderer durch den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet verursachten Schwierigkeiten hat die deutsche Eisenbahnverwaltung eine ganze Reihe internationaler Güte einstellen müssen, darunter auch die oben- genannten. Dies sei jedoch eine vorübergehende Notstandsmaßnahme, keine Vertragsverletzung. Einen Rechttitel für ihre Sanktion führt die französische Regierung nicht an, also nicht einmal einen Scheingrund. Die Besetzung ist ein reiner Willkürakt unter der Ausnutzung der Wehrlosigkeit des deutschen Volkes, wogegen die Reichsregierung protestiere. Wenn die Rheinlandskommission am selben Tage der Reichsregierung mitgeteilt hat, daß sie unter Billigung der Besetzung dieser Gebiete dieselben unter das Regime des Brändensopfes stellen, so gewähre ihr die Rheinlandskommission dazu kein Recht, da beide Städte sich außerhalb der Kommission unterworfenen Landesteile befinden. Die Rheinlandskommission ist also auch hier ein Werkzeug der französischen Politik. Auch gegen diesen Rechtsbruch lege die Reichsregierung Verwahrung ein und habe deshalb auch bei der englischen und belgischen Regierung Vorstellungen erhoben.

Drohung mit Todesurteilen.

Düsseldorf, 17. Feber (Havas). Die Militärwachen erhielten den Befehl, in allen Fällen, in welchen den Eisenbahnstrecken sich nähernde Personen auf den vorgeschriebenen Natur der Wachen nicht stehen bleiben, von den Waffen Gebrauch zu machen. Personen, die sich der Sabotage schuldig machen, werden vor den Kriegsrat gestellt werden und in ersten Fällen werden über sie die Todesurteile verhängt werden. — Die Blockade bezüglich der Ausfuhr von Kohle und Nebenprodukten aus dem Ruhrgebiete wird in normaler Weise fortgesetzt. Gestern wurden 30 Waggons abgeholt. Es wurde auch verboten, leere Wagen zur transportieren.

Freie Ausfahrten von Offizieren.

Neudlinghausen, 7. Feber (Wolff.). Infolge verschiedener Zusammenrottungen ließ heute nachmittags die Besatzungsbehörde die Straßen der Stadt mit Tankgeschwadern säubern. Später wurden naheinander acht Beamte der Schutzpolizei, die auf dienstlichen Patrouillengängen französischen Offizieren den Gruß verweigerten, verhaftet und mit Automobil weggeschafft. Für morgen wurde deshalb ein 24stündiger Proteststreik ange- sagt. Heute abends kam es zu einem neuen Auf- lauf auf dem Marktplatz, wo von der Menge vaterländische Lieder gesungen wurden. Der Mark- platz wurde abermals durch fünf aufstrebende Tanks gesäubert. Auf den zuführenden Straßen wurde die Bevölkerung verschiedentlich mit Kol- benstößen traktiert. Circa 25 Offiziere erschienen

in einem in der Nähe des Marktplatzes gelegenen Gasthause, wo sie die Gäste mit Reipfeischen be- arbeiteten und auf die Straße trieben. Schließ- lich drängen die nämlichen Offiziere in das Stadt- theater ein, wo oben der vierte Akt von Chales- peares „König Lear“ über die Bühne ging, sangen ungeachtet des Spieles die Marcellaise und jag- ten die Theaterbesucher unter Pfeitschüssen aus dem Hause.

In Vohwinkel hat der französische Ortskommandant dem Bürgermeister mit- geteilt, daß er auf jede Person, die sich nach zehn Uhr abends auf der Straße zeigt, schießen lassen werde. Der Landtag hat dage- gen protestiert, zumal der verschärfte Belagerungs- zustand durch eine Verordnung des Generals Degoutte aufgehoben sei. Er macht den Ortskom- mandanten für jede Erschießung harmloser Zivill- personen verantwortlich. (Auch diesen genauen Angaben gegenüber wird vermutlich die Agence Havas, wie unlängst das größte Dementierungs- geschäft auffahren lassen und behaupten, daß sol- cher Taten nur preussische, nicht aber „ritterliche französische Offiziere“ fähig sind. Wir aber mei- nen, daß, wie früher der preussische Leutnant in Belgien, so jetzt der französische Offizier im Ruhr- land, vielfach weder Scham noch Grenzen kennt, weil es der losgelassenen Bestie Militarismus überall ein Bedürfnis ist, nach Dummheit zu wüten. D. Red.)

Zwei weitere Orte besetzt.

Freiburg, 8. Feber. (Wolff.) Französische Kavallerie hat im Orte Schutterwald und Lege- sburst Quartier genommen. (Schutterwald liegt südwestlich von Offenburg, Legeleshurst nordwest- lich von Appenweier.) Es ist noch nicht festge- stellt, ob diese Besetzung vorübergehend oder dauernd sein wird. Mit der Besetzung dieser bei- den Orte würden die Franzosen über den bisher besetzten Bezirk hinausgegangen sein.

Verhaftet, kriegerisch verurteilt und ausgewiesen.

Düsseldorf, 8. Feber. (Wolff.) Das Haupt- zollamt in Düsseldorf und Ruhrort wurde heute von der Besatzungsbehörde besetzt und geschlossen. Der Zollinspektor Hansen wurde verhaftet, ebenso wurden auch die Zollämter in Hamborn und Hattingen besetzt. Der Zollinspek- tor Pfefferkorn und der Regierungsrat Dr. Em- mer, der Leiter des Hauptzollamtes in Cleve, so- wie Zollrat Reichmann, der Leiter des Hauptzoll- amtes in Kaldenkirchen wurden von einem bel- gischen Kriegsgericht zu je acht Ta- gen Gefängnis verurteilt, weil sie den Be- fehl der Besatzungsbehörden nicht Folge geleis- tet haben. Die Verurteilten, die gefes- selt nach Wesel gebracht wurden, wurden mit ihren Familien ausgewiesen.

Die Lebensmittelversorgung gefährdet.

Berlin, 8. Feber. (Eigenbericht.) Die Sperre im Ruhrgebiet wurde neuerlich verschärft. Durch die Besetzung der Bahnhöfe von Bar men und Geisenkirchen ist die Lebensmittelverfor- gung ernstlich gefährdet.

Die pfälzischen Eisenbahnen in franzö- sischer Verwaltung.

Ludwigshafen, 8. Feber (Havas). Die allier- ten Behörden haben das gesamte Eisenbahnetz in der Pfalz in ihre Verwaltung übernommen. Es sind Meldungen über zahlreiche Sabotageakte ein- gelaufen. Die Erregung der Bevölkerung (!) gegen (!) die streikenden Eisenbahner(!) ist im Juniemen begriffen.

Böfen bewahren wurde. Der Arme, er hatte sich gekauft. Der Böse kam in Gestalt der Bolsche- wisten, die von einer unüberwindlichen Abneigung gegen das „Kapital“ erfüllt waren und deshalb in der Chinesenstadt alle Buden schlossen, dagegen mit viel Geschick hunderte und tausende der feuer- sichersten Goldschränke „öffneten“ und nebenbei die kleinen Lesflämpchen vor den Ikonen ohne viel Federlesens ausbliesen. Pietätlose Burshen ...

Dann änderte sich die stete vorwärtsweisende Zeit abermals. Die gewaltig gesprengten Gold- schränke stehen wohl heute noch in diesem oder jenem Sowjetunternehmen und erfreuen das Auge des ausländischen Besuchers, der nach Rußland kommt, um hier sein Kapital zu investieren. Die Chinesenstadt aber hat sich wieder belebt. Nur der „Jmenity Kupez“ mit seinem dicken Bauch, seinem fettstrotzenden Haar und seinem langen Bart ist verschwunden. Mit ihm die Inschriften auf den Läden. Die altbekannten Moskauer Na- men wie Morosow, Michailow, Welow, Nitrou- how usw. sind anderen gewichen, die ni- mand versteht: abgekürzte Benennungen der Sowjetin- dustrate — „Nostolische“ oder „Nachortrust“ oder „Wostelprom“ oder „Fabrik des Komintern“ usw. Man sieht auch nicht mehr die Medaillen der che- matischen „Hofflieferanten Seiner Majestät“ auf den Ladenschildern. Nur hier und da hat ein „Privat- tier“ wieder eine Bude eröffnet. Einst handelt er mit Tuch, heute bietet er elektrische Lampen oder ähnliches feil. Es ändert sich die Zeit. Aber vereinzelt glimmt wieder zaghaft ein Lesflämpchen vor irgend einem im Wandel der Jahre fast un- kenntlich gewordenen Ikon.

Das ist das Milieu der heutigen Schwarzen Börse, die sich nun in einer großen Ausstellungs- halle befindet. Lange, mit Glas gedeckte War- del- gänge. In mehreren Etagen. Oben laufen schmale Galerien und überbrücken stellenweis: so- gar die Passagen. Die Buden und alle Aufschrift-

ten machen hier, wie überall in Rußland, einen schädigen „ungewaschenen“ Eindruck. In einem der Wandelgänge herrscht ein fürchterliches Ge- dränge. Das ist die Schwarze Börse. Ein Stim- mengewirr, das sich mit einem lauten, fast heraus- fordernden Ton von klappernden Goldmünzen mischt. Reines Gold, echtes Gold. Kling, klang. Eine fast vergessene Melodie. Ueberall, wo man hinsieht, spielt jemand vielfach mit Goldmün- zen. Oder hält demonstrativ Dollarnoten dem übrigen Publikum vor die Nase. Die Worte „beru“ — nehme und „daju“ — gebe — werden fortwährend gebrüllt. „Beru dollar“, daju kro- ny“, „beru germonsija mark“ usw. Gold heißt „Soloto“. „Beru soloto“, „daju soloto“. Es be- rauscht ...

Richtig. Da ist auch der Mann von der Staatsbank mit den Dukaten. Er sitzt in einer Glashütte, neben ihm ein Fräulein, das notiert. Vor seinem Tisch liegen die begehrten Goldmün- zen. Die Staatsbank verkauft täglich nur eine gewisse Menge Gold, um den Kurs zu kontrollie- ren. Ist kaufen auch sofort eigene Agenten der Regierung das Gold wieder zurück. Eine Komö- die. Vor der staatlichen Goldbude steht eine Pola- naise. Am Morgen hat der Dukatenmann beson- dere Karten verteilt, um die stets ein wilder Kampf entsteht. Doch jetzt stellt sich das Publi- tum geduldig der Reihe nach auf. Diese Polonaise ist das Zentrum der Börse, die überhaupt mehr einem Markt gleicht.

In einer anderen Ecke werden allerhand Ue- ren, Goldketten, Brillanten, jedoch auch billiger Krimskam verkauft. Die Verkäufer stehen wie Statuen und hängen sich alles, was sie zu ver- kaufen haben, an den eigenen Körper. Manche sehr komisch aus: ein Mann, der seinem Krugern nach vielleicht ein ehemaliger kleiner Beamter sein mag, hat sich um den Hals eine Korallenkette gehängt, an der wieder silberne Löffel, Gabel und

Französische Eisenbahner ins Ruhrgebiet?

Paris, 8. Febr. (Havas.) „Tempo“ meldet, daß 4500 freiwillige französische Eisenbahner morgen ins Ruhrgebiet und in die besetzte Zone abgehen. Man trägt sich mit dem Gedanken, die nach dem Streik im Jahre 1920 entlassenen Eisenbahner wieder aufzunehmen.

Verhärfung der Lage in Lothringen.

Vergrößerung des Streiks.

Saarbrücken, 8. Febr. Der Streik der Lothringers Bergarbeiter ist heute zur Tatsache geworden, nachdem die gestrigen Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden sind. In ganz Lothringen liegen die Bergwerke still.

Saarbrücken, 8. Febr. (Wolff.) Nach der „Saarbrücker Zeitung“ hat sich die Lage im Gebiete von Saarbrücken verschärft, da die Franzosen zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegen ihre Zusicherung Militär herangezogen haben, und die Gruben militärisch besetzt halten.

Eine Arbeitsstunde zur Linderung des Elends.

Berlin, 8. Febr. (Eigenbericht.) Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht einen Aufruf, worin er auf die schweren Opfer hinweist, die die Bevölkerung des Ruhrgebietes im Interesse des gesamten deutschen Volkes bringt. In der schweren Notlage sollen auch die Arbeiter Deutschlands ihren Brüdern im besetzten Gebiet beistehen und den Ertrag einer Arbeitsstunde beisteuern, um das schlimmste Elend zu lindern. Da sich sämtliche industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmer verpflichtet haben, den vierfachen Betrag zu leisten, soll ein gemeinsamer Unterstützungsfond gebildet werden.

Der Kampf gegen Not und Teuerung.

Berlin, 8. Febr. (Eigenbericht.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Debatte über die Lage im besetzten Gebiet fortgesetzt. Der Reichsernährungsminister berichtet über die Errichtung von Kraftwagenlinien, die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln sowie über den Ankauf holländischer Milch. Die Regierung werde alles tun, die Teuerung zu bekämpfen. Unsere Genossen verlangen endlich Taten der Regierung zur Bekämpfung der Not der arbeitenden Massen. Sie wenden sich gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikate und fordern ein Bekenntnis der Industriellen zum Achtstundentag. Die Parteien des Reichstages werden aufgefordert, darauf zu achten, daß nicht die Schwerindustriellen der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fallen, dadurch, daß sie Verhandlungen mit dem französischen Kapital über den Kopf der Regierung hinweg beginnen.

Abenteuernde Nationalsozialisten.

Berlin, 8. Febr. Der „Vorwärts“ berichtet aus Stettin: Hier traf am Mittwoch mit dem Sonderzug ein Trupp Abenteurer in der Stärke von 35 Mann ein. Sie waren militärisch organisiert, kompagnieweise eingeteilt und wurden von bewaffneten Führern begleitet. Der Beförderungsschein lautete auf „430 Kinder über 10 Jahre; die Zahlung ist zu sunden“. Die herbeigerufene Polizei nahm die Leute in Empfang und stellte fest, daß es sich um Nationalsozialisten handelte, die — wie ihre Führer belundeten — nach Ostpreußen unterwegs waren. Die Ermittlungen der Polizei

ergaben weiters, daß es sich um jene Leute handelt, die schon seit einigen Wochen im Lande umherziehen und seinerzeit die Einstellung in die Reichswehr verlangt hatten. Sie wurden nach dem Münsterlager abgeschoben.

Englische Erkenntnis der französischen Absichten.

Die englische Zeitschrift „Nation“ schreibt: Das Ziel der französischen Pläne sei jetzt klar. Keine Frage, daß eine Kommission, unterstützt von einer Armee von 40.000 Mann, in das Ruhrgebiet eingedrungen sei, um ein paar tausend Tonnen Kohle, wegen deren Deutschland im Verzug erklärt wurde, zu erhalten, ist jetzt aufgegeben. Der augenblickliche Kampf, den das französische Besatzungsheer mit der Bevölkerung des Ruhrgebietes ausföhrt, gehe einfach um die Frage, ob das Ruhrgebiet und das Rheinland von Deutschland abgetrennt und einer französischen Militärverwaltung unterworfen werden solle oder nicht. — „Observer“ schreibt: Das Ruhrunternehmen ist nicht mehr eine Aktion, um Kohlen zu erlangen, sondern eine Besetzung, die das Chaos vorbereitet. — „Sunday Times“ schreibt, daß ein sehr beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung Englands die britische Regierung auffordere, einzuschreiten, und zwar nicht auf der Seite Frankreichs, sondern gegen Frankreich. Der Grund, der von dieser Seite angeführt werde, sei, daß diese Invasion, wenn sie je einen wirtschaftlichen Grund hatte, ihn jetzt langem verloren habe, und daß es jetzt eine Bewegung zur militärischen und territorialen Ausdehnung und nichts anderes sei, und zwar mit dem Ziele, die reichsten Industriegebiete Deutschlands vollkommen vom Mutterlande abzutrennen. — Die Zeitschrift „Outlook“ fragt, ob ernste Leute wirklich noch glauben, daß Frankreich nur um der Reparationen willen ins Ruhrgebiet gegangen sei. Die französische Politik verfolge nur ein Ziel, die Sicherung der militärischen Hegemonie Frankreichs. Frankreich habe endlich einen Teil seiner wirklichen Kriegsziele verwirklicht, die in einer geheimen Korrespondenz mit der parisischen Regierung 1917 enthüllt worden seien.

Der „Figaro“ bestreitet, daß Frankreich seit der Besetzung des Ruhrgebietes auch nur ein Gramm Kohle von dort erhalten habe und meint, man müsse dem Publikum die Dinge so darstellen, wie sie sind. Es sei bisher auch nicht möglich gewesen, den Eisenbahnverkehr zu regeln. Darauf komme aber alles an. In dem Artikel wird gesagt, daß der schwerste Schlag Deutschland zugefügt werden könne durch Einführung einer neuen Münzeinheit. Aber man dürfe sich nicht einreden lassen, daß eine solche Operation leicht und ohne Risiko für Frankreich wäre.

Im „Justiceman“, dem Blatt englischer Advokaten, heißt es in einem Aufsatz: Frankreich habe zwar während des Krieges viel gelitten, aber jetzt sei es besser dran, als jedes andere Volk. Das frühere Kriegsgebiet sehe zwar noch traurig aus, aber die Bewohner hätten es durchaus nicht schlecht. Es sei da viel Geld verdient worden bei den Geschäften mit den Soldaten und die Regierung habe übertriebene Entschädigungen gezahlt. In einer Stadt von Loucheure sei vielleicht mehr Elend zu finden, als in ganz Frankreich und die Schuld an diesem Elend in den englischen Laubdrücker sei hauptsächlich der französischen Politik zuzuschreiben.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

durch dieses musikalische Intermezzo nicht im geringsten stören. „Vern dollar“, „daju kronn“ hört man weiter ohne Unterbrechung rufen. Auch, daß von den oberen Galerien und Brückenbögen ihnen allerhand Aufpuffer in die Brieftaschen schauen, ängstigt sie nicht. In fünf Jahren hat man sich an die Tscheta gewöhnt und eine „gemeinsame Sprache“ gefunden.

Alle Geschäfte werden an der Schwarzzen Börse auf Vertrauen gemacht. In dieser Hinsicht ist die „Zijina“ eine der realsten Börsen der Welt. Der einmal hier des Vertrauens mißbraucht hat wird unbarmherzig boykottiert. Es spricht sich alles sofort herum. Dieser Selbstschutz ist aber sehr notwendig, weil hier gar nicht die Möglichkeit besteht ein Geschäft einzutragen. Fast alle Geschäfte werden ohne Quittungen abgeschlossen. Das war übrigens in Moskau stets Sitte. Der alte russische Kupfer, der Moskauer angesehenen Kaufmann betrachtete es stets als Verleumdung, wenn man von ihm eine Quittung verlangte. Und so ist es zum Teil noch heute. Es werden täglich an der Schwarzzen Börse viele Tausende von Hunderten Sterling umgesetzt. Man soll diese Geschäfte nicht unterschätzen. Andererseits sind sie aber natürlich nicht so bedeutend, daß sie irgendwie mit den ersten Geschäften der Weltbörsen verglichen werden können.

Zu den sonderbarsten Erscheinungen dieser Börse gehört das Bekanntwerden des Kurses. Um 1 Uhr mittags steht er fest. Wird aber nirgends verändert und nirgends angefragt. Auch der Kurs „spricht sich rum“. Mit Windeseile durchfliegt er Moskau. Auf eine geheimnisvolle Art, die überhaupt für den ganzen gegenwärtigen Handelsbetrieb in Rußland bezeichnend ist. Wieviel Geld (oder Ware) auf dem Markte ist, woher es geht — niemand weiß es. Es ist aber vorhanden und rollt.

Wer bringt es in Bewegung, wer sind die Moskauer Börser? Früher sah man vor der

Telegramme.

Eine Abrechnung mit Seipel.

Wien, 8. Febr. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates hat der Bundeskanzler Dr. Seipel einen Bericht über seine Pariser Reise erstattet. Der Bericht enthält nichts Neues. Nach ihm kam Dr. Bauer zu Worte, der darauf hinwies, daß, wenn der Bundeskanzler nicht nur die Kontrolle, sondern auch die Kredit bekommen hätte, er sich hätte rühmen können. Aber eine Politik, die nicht die Kredite bekommt, sondern nur die Vorhülle darauf, zur Zerrüttung der Wirtschaft und unserer ganzen Kultur überhaupt führen. Dr. Bauer sprach dann über die Vorgänge im Kabinettsrat und erklärte u. a.: Wenn eine parlamentarische Bürgerschaft ihre eigenen Gesetze nicht einhält, ist sie keine parlamentarische Körperschaft mehr. Sie hat auch kein Recht mehr, Gesetze zu beschließen; wenn sie dennoch Gesetze beschließen wollte, so müßte man sie daran hindern. Das war die Argumentation, deren sich seit 1897 die deutschbürgerlichen Abgeordneten bedienen haben, wenn das Recht der Minderheit durch eine gewalttätige Aufhebung der Geschäftsordnung gebrochen wurde. Die Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß sie im Jahre 1897, obwohl sie nur 11 Mann stark waren, das Präsidium des Parlamentes gestürzt haben, als der Präsident das Recht des Parlamentes verlehre. Wir werden uns auch heute keine Verletzung gefallen lassen.

Nach dem Genossen Dr. Bauer sprach der Führer der Großdeutschen, Dinghofer, der das Vorgehen des Bundeskanzlers in der letzten Kabinettsitzung zu verteidigen suchte. Die Sozialdemokraten riefen Dinghofer zu: „Das war ein Verfassungsverstoß! Wir werden uns das nicht mehr gefallen lassen!“

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat heute einen Beschluß gefaßt, worin er den Bericht über das Verhalten seiner Mitglieder im Kabinettsrat zur Kenntnis nimmt und feststellt, daß die Geschäftsordnung gebrochen wurde. Der Verband erklärte als seine Rechtsanschauung, daß einer Minorität kein anderes Mittel zur Verhinderung der Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen. Die Sozialdemokraten haben es immer so gehalten und werden es auch fernerhin so halten. Schließlich spricht der Verband seinen Mitgliedern das vollste Vertrauen aus.

Ein ungarisches Memorandum an den Völkerbund.

Budapest, 8. Febr. Dem „Pesti Hírlap“ zufolge, teilte der Minister für Auswärtiges Darway in der gestrigen Sitzung des Außenausschusses mit, daß die Regierung an den Völkerbund ein aus acht Punkten bestehendes Memorandum gerichtet habe, das sich mit der Lage der Minderheiten und der Frage der Abrüstung beschäftigt und die vollständige Abrüstung der Nachbarstaaten Ungarns urgieren. Mit Bezug auf die Gerüchte von militärischen Vorbereitungen der Kleinen Entente berichtet Außenminister Belitsa, daß von den Nachbarstaaten einzig und allein Rumänien mobilisiert hat und größere Truppenmengen längs der ungarischen Grenze zusammengezogen hatte. Nachdem aber die durch den angeblichen Grenzverstoß hervorgerufene Spannung aufgehört hat, hat Rumänien seine Vorbereitungen nicht weiter fortgesetzt und keine Truppen zurückerufen, jedoch keinerlei Urloche zur Beunruhigung vorliegen.

Tages-Neuigkeiten.

Wir jagen niemals: Deutsch.

(Eine kleine Geschichte, die ähnlich auch in Prag passiert sein könnte.)

Der Junge war Schweizer. — Chemiker. Er war auf dem Wege, seinen Beruf in Amerika auszuüben. Ich traf ihn im Gesellschaftsraum. „Good evening“ begann ich.

„Ich spreche nur deutsch.“
„Da stand ich vor einer Katastrophe? Ein Bürger von jener kleinen Bühne, die nun schon so lange für die Demokratie gefordert worden war und „wir deutsch“? Meiner hundertprozentigen amerikanischen Seele schien das kaum anständig. Aber ich schloß mit meinem Bewußtsein ein Kompromiß. Ich sagte: „Guten Abend“.

Die Verschwörung wurde jünger. Am in Arm spazierten wir über das Promenadendeck. In acht Tagen kann man viel plaudern. Das Plaudern geschah in Deutsch — nahezu in Deutsch. Der Junge war mehr geduldig und ich war befriedigt, überaus befriedigt, jemanden zu treffen, der Deutsch — mein Deutsch natürlicher Weise — verstand. Es war ein sonniger Tag mitten auf dem Ocean. Alles umher erschien wohlgefällig, — bis es zu einem Zwischenfall kam. Der Junge und ich spazierten und sprachen — auf Deutsch — über Amerika. Plötzlich wurden wir von einer emphatischen Stimme unterbrochen:

„Boche!“
„Ich drehe mich um, um mir den Urheber dieser Freundlichkeit anzusehen. Ich lächelte. Aber da kam ich nicht an den Reden. Der Mann war tödlich ernst, sein Schmutzbarz zitterte. Er bligte. Ich war in Sünde gefallen.

„Wie?“ fragte ich stumm.

„Sie sind ein Boche!“

Der Tag des Gerichtes war erschienen! Ich war machtlos. Im Baedeker werden für solche Fälle keine Rufe erteilt. Aber schließlich: Der Krieg war doch schon lange vorbei. Ich lasche meinen schwebenden Ankläger an und setzte meine Unterhaltung mit dem Züricher Bürger fort. Dann erfuhr ich, wer der Protestler war. Er war ein Belgier. Er vertrat seine Regierung im belgischen Konsulat irgendeiner amerikanischen Stadt. Im Ausland war er ein stammender Patriot, er setzte den edlen Feidzo gegen die Boche fort. Wir trafen uns wieder. Es war ein kleines Schiff.

„Sie sind der Herr, der mich gestern Boche nannte?“ — „Ja.“ — „Wissen Sie, was das heißt?“ — „Ja.“ — „Sie wollten keinen Scherz machen?“ — „Nein. Sie sprachen die Boche-Sprache. Eine Anzahl von uns überwacht Sie auf diesem Schiff, nehmen Sie sich in acht. Wir haben Beweise.“

Ah, die Verschwörung wurde dider. Der belgische Diplomat hatte mich aufs Korn genommen. Ich hatte fürchterliche Visionen. Ich sah mich schon im Zuchthaus und begann zu fragen, ob man dort noch an Ketten angeschmiebelt werde. Aber gerade zur rechten Zeit kam Hilfe. Ein Freund intervenierte. Er erklärte dem kriegerischen Diplomaten, daß nichts gegen mich erwiesen sei, daß ich Freiheitsanleihe gezehnet und die Deutschen in durchaus richtigem Geist versucht habe. Wir reichten uns die Hände. Die Eingekerkert der Welt war wieder hergestellt. Er erklärte: „Ich dachte, Sie seien ein Boche. Sie sprachen die Boche-Sprache und das kann nicht erlaubt werden.“

Das war zu tief für mich. Ich hatte Sehnsucht nach einem Anwalt. „Eine Sprache ist aber gut, einerlei, wie viele Sphären sie gebrauchen! Nehmen Sie z. B. Englisch an. Und das

Messer befestigt sind, an seinen Mantelknöpfen hängen Uhren oder Serviettenringe, auf den Hut sind einige lösbare Straußeneisern oder Brüsseler Spitzen gefickt und in der Hand hält er einige Brillantearmringe. Was er außerdem noch in den Taschen haben mag, möge der Teufel wissen.

Die meisten dieser Vorstaner sind in Pelze gehüllt. Manche haben sogar große auch von außen mit Fell besetzte Reispelze, auf russisch „Docha“, an. Man trägt diese unförmlichen Dinge ohne Rücksicht, indem man ständig die Hände auf dem Bauch verkrüppelt hält. Wie diese Leute, trotz dieser freiwilligen Fesselung der Hände, ihre Geschäfte machen bleibt ein Rätsel. Alles läuft durch einander: Russen, Juden, Armenier, Perser, Chinesen usw. Ist originale Gestalten. Und phantastisch gekleidet. Aber alles in Pelze verpackt. Der Orient ist in Pelzen. Und schackert und handelt und feilscht. Ein echter orientalischer Markt. Nur mit dem Unterschied, daß es hier sehr kalt ist, und daß der ganze Trubel „eigentlich“ von der Regierung der „einigen kommunistischen Republik in der Welt“ verboten ist.

Scheinbar um das allgemeine Lohwabohu noch auf die Spitze zu treiben, hat sich an einem Ende der Börsenhalle, wo es auch ein Kaffee gibt, ein Orchester von Rotarministen aufgestellt und spielt... „Nigolletto“. Daneben steht ein Bassin, in dem ein Fontäne sprang. Heute ist das Becken ausgetrocknet, doch zahlreiches Publikum, das hierher nur zum Zeitvertreib gekommen ist, denn viele Russen haben, ganz wie im heißen Orient, den ganzen lieben Tag nichts zu tun) flaniert um das Bassin herum und lauscht und achtet den Klagen der hier so desolaten Musik, die auch den schönen Walzer „Ueber den Wellen“ und andere längst verklungene Weisen spielt. Sowjetischer Börsen-Spekulations-Betrieb unter Musikbegleitung. Das verbotene Goldgellimper überdönen, Vergessen spendend

Unterdessen lassen sich die echten Vorstaner

Ebenso wie in den ersten Kriegsjahren sind die Lustgeschäfte im Blühen. Es wird alles gekauft was „greifbar“ ist oder was nie und nirgends existiert hat. Zwei Moskauer unterhalten sich in der Dast des Vortages: „Was haben Sie?“ — „Mir geht es schlecht — ich habe einen Appendix.“ — „Ist gemacht, ich laufe zwei Waggons!“ — Ein kleines Mißverständnis: der andere dachte an — Anthracit. Im Lande der Bolschewisten — eine verzeihliche Verwechslung. Hier steht alles Kopf. Aber man weiß sich immer zu helfen.

Die Reichsbank geht allen mit gutem Beispiel voran. Die Geschäfte, welche gemacht werden, verbleiben oft durch Spitzfindigkeit und Originalität: Ein Kaufmann will eine größere Partie Eisen verkaufen und wendet sich an die Reichsbank, die sich sehr um Vermittlung beim Abschluß der verschiedensten Geschäfte bemüht. Es wird lange verhandelt. Schließlich erklärt der betreffende Sowjetbeamte, daß die Bank nicht das Recht habe von Privatpersonen Waren zu kaufen, fügt jedoch hinzu: „Wir können es aber anders machen. Sie verkaufen das Eisen einfach an irgend einen Trust, von dem wir es dann erwerben werden, da mit Trusts die Reichsbank berechtigt ist, Handelsabkommen abzuschließen. Auf diese Art und Weise werden wir die Ware von Ihnen wohl nicht gekauft haben.“ Eine geniale Idee, die dann auch prompt zur Ausführung gelangte.

Das „russische Geschäft“ wird stets sehr merklich von den westeuropäischen kommerziellen Abenteurern ab. Es ist nur begreiflich, daß diese Abwechslung heute stärker denn je ist. Der Betrieb bei der Moskauer Schwarzzen Börse unter den Klängen des „Nigolletto“ und alles was drum und dran ist verunbildlich recht treffend den heutigen sogenannten Handels in Rußland, der noch für eine längere Zeit seine gegenwärtigen „Eigenheiten“ behalten dürfte.

Deutsche. — „Oh, wir sagen niemals deutsch, oder „deutschland! Ein Belgier sagt immer: Boche oder Bofchie.“

Wir sagen niemals deutsch — ich dachte an einen jungen Studenten in Berlin. „Wir wünschen, es käme noch einmal zum Krieg!“ Ich dachte an einen Komiker auf der Bühne eines Dresdner Varietes. Ich hörte seine verächtlichen Ausfälle gegen Frankreich und England und den Char von Bravos, den die Zuhörer heraufschanden. Das ist eine traurige kleine Welt! „Wir sagen niemals deutsch.“ Bei meinem Leben, ich konnte keine passende Antwort für meinen diplomatischen Freund finden. Ich hauchte nur schwach, auf Deutsch: „Nawohl!“

Dubert C. Ferring.
Wichita, Kansas.

Aus der I. L. Republik. Schmod in der „Bohemia“ und Schmod im „Prager Tagblatt“ finden in Artikeln über Wilhelm des Zweiten zweiten Ehe und über das Liebesleben seiner königlichen Hoheit, des Prinzen von England, Trost über den Wegfall der ehemals so zu Herzen gehenden Wiener Hof- und Personalmagazine. Wahrlich, ein bescheidenes Trost angeht des reichen Stoffes, der da der Regierungspreffe als Ersatz zur Verfügung steht! Die „Prager Presse“ ist in der glücklichen Lage, den Republikanern mit einer groß aufgemachten Rubrik aufzuwarten, die den demokratisch-bescheidenen Titel führt: „Aus der Gesellschaft.“ Man kann sich vorstellen, was aus der Gesellschaft zu berichten ist: „Five o'clock Tea bei Frau Benesova“ (man beachte die vornehme englisch-deutsch-tschechische Mischung), ferner: „Nutmehr-Gesellschaftabend der französischen Kolonie“, „Cerele francais de Prague“... Wie man sieht, wird die Prager „Gesellschaft“ allen internationalen Fragen gerecht. Es ist mir selbstverständlich, daß unter den Gästen der Frau Benes in den Repräsentationsräumen des Außenministeriums einer revolutionsgeborenen Republik an erster Stelle der — päpstliche Nuntius steht, was den drei tschechisch-sozialdemokratischen Mitgliedern des Kabinetts — die doch hoffentlich auch zur Prager „Gesellschaft“ mitzählen — ganz besondere Ehre macht. Und die Arbeiter sind ganz erstaunt über den internationalen Fortschritt, daß die tschechische Regierung ihre Hofnachrichten teils in französischer, teils in deutscher Sprache kundtut. — Es gibt also von Staats wegen wieder eine „Gesellschaft“, die sich mit ihren der Monarchie abgegangenen Mägen sehr deutlich an der Oberfläche bemerkbar macht. Das wird ohne Zweifel dazu beitragen, die Liebe zu dem herrschenden System bei jenen zu erhöhen, die sich bewußt zu einer anderen Gesellschaft rechnen.

Wir sagen niemals: Deutsch.

Vorüber sich die Merikale freuen. Ueber das Gesetz zur Schutze der Republik schreibt der Merikale „Coch“ unter anderem: Nun werden die Kerker gefüllt werden. Das Ausnahmsgesetz zum Schutze der Republik wird angeblich auch eine Bestimmung enthalten, durch welche Strafen über jene Schuldigen verhängt werden, welche gegen irgend eine Religionsgemeinschaft hegen. Wenn in das Gesetz auch die Aufhebung gegen die katholische Religion einbezogen wird, dann werden die Strafanklagen in der Tschechoslowakei nicht mehr genügen. — was die Antiträger, die Prediger der christlichen Nächstenliebe, anscheinend herzlich freut.

10.000 Fremde aus Polen ausgewiesen. „Aurich Polski“ erzählt, daß in nächster Zeit die Anordnung des Ministeriums des Innern und des Kriegsministeriums über die Ausweisung der

Wie Sowjetrußland „sozialisiert“.

Auslieferung russischen Bodens an Krupp.

Berlin, 8. Feber. (Eigenbericht.) Das Moskauer Blatt „Cru“ veröffentlicht den Vertrag, den die Firma Krupp mit der Sowjetregierung abgeschlossen hat. Er enthält Jugensätze, wie sie bisher keinem Unternehmen gemacht wurden. Es ist die erste Aktiengesellschaft in Rußland, an der die Regierung nicht beteiligt ist. Krupp erhält das Recht, ausländische Arbeiter bis zu 40 Prozent und Beamte bis zu 75 Prozent anzustellen. Die Gesellschaft erhält

25.000 Desjatinen Ackerland im Dongebiet; von dem Ertrag wird ein bestimmter Teil der Regierung abgeliefert, im übrigen hat sie keinerlei Einfluß, jedoch die Neugründung der Schaffung eines Staates im Staate gleichkommt. Die Firma Krupp teilt mit, daß die Ruhrbesetzung keine Störung ihrer russischen Pläne bedeutet. Somit wird der Vertrag am 1. September l. J. in Kraft treten.

Fremden aus Polen endgültig durchgeführt wird, hauptsächlich werden alle Flüchtlinge aus Sowjetrußland ausgewiesen. Das Blatt meldet, daß die Regierung entschlossen ist, auf keine Intervention politischer Organisationen in dieser Angelegenheit Rücksicht zu nehmen. Bis zum 15. April werden aus Polen mehr als 10.000 Fremde ausgewiesen werden.

Ein geographisch-statistischer Atlas der Tschechoslowakei. Wie das Regierungsorgan „Prager Presse“ meldet, wird voraussichtlich im Herbst dieses Jahres das erste Heft eines geographisch-statistischen Atlases herausgegeben werden. Der Atlas soll insgesamt 70 Kartensbögen umfassen, der Maßstab der Karten ist 1 : 1.250.000. Die ganze Materie, die in diesem Atlas verarbeitet sein wird, ist in sechs Abteilungen eingeteilt, die nachstehende Gebiete behandeln werden: Geographie, Völkerverhältnisse, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehrs- und Geldwesen, Schulwesen und kulturelle Verhältnisse. Jedem dieser Zweige ist ein bestimmtes Ausmaß von Karten zugewiesen. Zu dem Atlas wird eine ausführliche Erklärung in Buchform erscheinen. Die nummerierten Karten werden teilweise ohne Rücksicht auf ihre Zusammengehörigkeit erscheinen, sodas erst nach Herausgabe der letzten Lieferung das Werk inhaltlich geordnet werden kann. Das Werk wird vermutlich in zwei Jahren vollendet sein.

Das Zeichenbegängnis des Dichters Adolf Heyduk. Das Samstag nachmittags stattfindet, wird sich sehr feierlich gestalten. Die tschechischen Vereine von Prag, verschiedene kulturelle Vereinigungen und die öffentlichen Körperschaften werden sich daran beteiligen. Von 10 bis 12 Uhr vormittags wird die Leiche in Pantheon des Landesmuseums aufgestellt sein.

Acht Jahre in Sibirien gefangen! Dieser Tage ist nach Komotan der 33-jährige Metallarbeiter Anton Frisch nach achtjähriger Kriegsgefangenschaft aus Sibirien zurückgekehrt. Der Genosse hatte unsägliche Leiden zu überstehen, ist als Heimkehrer neun Wochen lang zu Fuß durch die Eiswüsten Sibiriens und Rußlands marschiert und hatte auch auf den Teilstrecken, die er mit der Bahn zurücklegen konnte, schwer unter den Unbilden des harten russischen Winters und vom Hunger zu leiden. Frisch ist körperlich ziemlich erhalten, doch leidet er nach dreimal überstandenen Bauchtyphus an schwerer Nervosität und Bergschicht. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter und die Parteiorganisation, an die sich Frisch zuerst gewendet hat, haben bereits eingegriffen, um ihm Hilfe in seiner schweren Lage zu bringen.

Todessturz eines Fliegers in Olmütz. Das Tsch. B. meldet unter dem 8. Feber aus Olmütz: Kurz nach dem Start, um 8.15 Uhr, stürzte auf dem fliegenden Flugplatz der Pilot Kapitän Josef Woskital mit dem Verfolgungsapparat „Epid“ ab. Der Flieger ist tot; der Apparat zertrümmert. Die Ursache des Unfalles wird untersucht.

Gerichtssaal.

Ein betrügerischer Grubenbesitzer.

Prag, 8. Feber. Vor einem Straffenat unter Vorsitz des ODB. Cerny hatte sich heute der Grubenbesitzer Josef Bohner aus Prag, der bereits einigemal wegen Betrugs vorbestraft ist, wegen Veruntreuung, Begangen in 21 Fällen, zu verantworten. Bohner hat in der Tschechoslowakei und in Oesterreich eine Reihe von Firmen und Geldinstituten um insgesamt 95.396 K betrogen. Der Firma „Novitas“ veruntreute er eine Schreibmaschine im Werte von 4200 Kronen. Im April 1920 kaufte er mit Dr. Krus und Bohumil Matejcek in Pilsen eine Grube; aber schon im September 1921 meldete er das Ausgleichsverfahren an. Trotz des Ausgleichsverfahrens schloß Bohner jedoch weitere Geschäfte ab, die er natürlich nicht einhalten konnte. Den Ausfall der Kohlenlieferungen suchte er mit Streiks zu erklären, die Verschüsse, die er sich auf Bestellungen hatte geben lassen, verweigerte er, zurückzuerstatten. Durch diese Manipulationen hat Bohner viele Firmen und auch Gemeinden schwer geschädigt. Wegen Diebstahl und Betrug bei Kohlenlieferungen wurde er schon feinerzeit — als er noch Grubenbesitzer war — zu zwei Monaten schweren Kerkers und zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Später handelte Bohner auch mit Lebensmitteln und eröffnete eine Maschinenwerkstatt. Als er die Insovenz seiner Grube anmeldete, gab er die Aktiva mit 30.833 K an, in welche Summe er seinen Anteil an der Grube mit 33.333 K berechnete, obwar er als Anteil nur 4000 Kronen gezahlt hatte und die Grube in ihrem verfallenen Zustande nur 5000 K wert war. Die Passiven des Bohnerschen Unternehmens, das sich „Monter“ nannte, betragen 438.306 K. Auf der „Monter“-Grube wurden dann im Jahre 1921 25 ergebnislose Exkulationen vorgenommen, bis das Bohner Bergamt die Grube endlich stilllegen ließ, da es sich herausgestellt hatte, daß das Kohlenflöz, von dem man abbaute, nur 40 Cm. stark war. Bohner hatte die Grube nur erworben, um als „Grubenbesitzer“ leichter seine Verträge umzusetzen zu können. Bohner hat dann weiter von der Firma Zimund Bartanyi Perferterpepiche im Werte von 25.000 Kronen bestellt und einen dieser Teppiche sofort um 400 K verkauft. — Zu der heutigen Verhandlung erschien Bohner nicht und entschuldigte sich durch Krankheit. Der Gerichtshof sandte jedoch in seine Wohnung einen Detektiv, der den Angeklagten nach kaum einer Stunde einlieferte. Bohner dokumentierte seine Krankheit damit, daß er sich schwer auf einen Stuhl stützte. Bei der Verhandlung wurden zehn Zeugen einvernommen. Schließlich müßte die Verhandlung vertagt werden, um neue Zeugen, die die Verteidigungsgründe Bohners beweisen sollen, vorzuladen. Die Anklage wird auch weitere Fälle umdehnt werden.

Ein Taschendieb. Prag, 8. Feber. Vor dem Straffenat des ODB. Drbohlav verantwortete sich heute wegen Diebstahl und verbotener Rückkehr in die Tschechoslowakei der 25-jährige Franz Fedynozyn, vulgo Michol Turkoz aus Kiew in der Ukraine. Fedynozyn ist gelernter Tischler, bereits mehrfach vorbestraft und wurde im Juli 1919 aus der Tschechoslowakei für immer landesverwiesen. Im heurigen Jahre kehrte er jedoch nach Prag zurück und stahl beim Masaryk-bahnhof einer Marie Junat eine Geldbörse mit sechs Kronen und einem Fehrschein; kurz darauf wollte er dem Päder Josef Kral eine Priestertasche mit 1452 K aus der Tasche ziehen, wurde jedoch dabei erwischt und eingesperrt. Heute bekam Fedynozyn sieben Monate schweren Kerkers (!) und wird nach Abführung der Strafe über die Grenze abgeschoben werden.

Kleine Chronik.

Zur Ueberflchwemmung der Gruben der Laurahütte ist zu melden: Die Gefahr für die anderen Kohlengruben ist bisher noch nicht geschwunden. Die Schubarbeiten sind im Gange. Die Wiederherstellungsarbeiten in den beschädigten Gruben werden einige Monate in Anspruch nehmen.

Erbeben und Erdhölze. Nach Meldungen aus Sarajewo wurde dortselbst Mittwoch ein Erdbeben wahrgenommen, welches jedoch keinerlei Schaden verursachte. Die Apparate der dortigen seismographischen Station reagierten indes auf das um 10 Uhr 21 Minuten erfolgte Erdbeben so stark, daß Nadeln aus dem Apparat herausfielen. Auch im nördlichen Donaugebiet wurden leichte Erdhölze verspürt. — Einem Berichte des Belgrader seismologischen Institutes zufolge hält die neue Serie der Erbeben nahezu im ganzen Staatsgebiete an. Dem Institute sind Meldungen über Erdschütterungen am Rudnit, in Bosnien, der Herzegowina, Dalmatien, Kroatien und der Banja zugekommen.

Dampferzusammenstoß im Kermellkanal. Aus Margate wird vom 7. Feber gemeldet: Ein Zusammenstoß ereignete sich gestern abends auf der Höhe von Margate zwischen dem englischen Dampfer „Maide of Orient“ und „Godwin“. Ein Mann der Besatzung des „Godwin“ wurde getötet, zwei Mann schwer verletzt. „Godwin“, der schwer beschädigt worden war, scheiterte auf einer Sandbank der Themsemündung. Die „Maide of Orient“, die in letzter Zeit für den Passagierdienst zwischen englischen und französischen Häfen im Kermellkanal verwendet wurde, legte die Reise nach London fort und konnte trotz schwerer Beschädigungen den Bestimmungsort erreichen.

Sieben Bergleute durch Felssturz getötet. Wie die „Times“ aus Johannesburg melden, wurden durch einen Felssturz, welcher sich losriß, sieben Bergleute in den nahen Gruben getötet und zwölf verletzt.

Herodias.

Eine geschichtliche Erzählung von Gustav Flaubert.

Es wurden Dohsemieren, Siebenschläfer, Nachtigallen, Ragouts in Weinblättern aufgetragen, und die Priester spritten über die Aufzierung. Ammonius, ein Schüler des Platonikers Philon, hielt sie für dumm und sprach sich Orischen gegenüber, die sich über das Drama lustig machten, dahin aus. Marcellus und Jakob hatten sich zueinander gestellt. Jener erzählte von der Befeligung, die ihn bei der Mißtraute ergriffen hatte, und Jakob sagte, er müsse Jesus nachfolgen. Die Palmen- und Tamariskenweine, die von Sabet und Byblos, stoffen aus den Amphoren in die Mischkrüge, aus den Mischkrügen in die Becher, aus den Bechern in die Talsünde; man schwagte, schloß das Herz auf. Jassim verholte nicht mehr, daß er, obwohl er Jude war, die Planeten anbetete. Ein Kaufmann aus Aphela setzte Romaden in Stauen, indem er ihnen die Wunder des Tempels von Hieropolis bis ins Einzelne schilderte, und sie fragten ihn, was die Pilgersfahrt dahin koste. Andere wollten bei dem Germane sang ein Lied über jenes skandinavische Vorgebirge, wo die Götter in dem Glanze ihrer Gestalten liebhaft erschienen; und Leute aus Schem aßen keine Tauben, weil sie die Ehrfurcht vor der Taube Azima nicht verletzten wollten.

Wohlere plauderten lachend mitten im Saale; und der Atendruh und das Geschwel der Andelaber mischte sich in der Luft zu einem Rebel. Phanael schritt längs der Mauer her. Er hatte soeben wieder den Sternenhimmel erforscht, aber kam nicht bis zum Tetrarchen, da er von Deltropfen bespritzt zu werden fürchtete. Die den Essenern als große Befleckung galten.

Am Tor des Palastes erschollen Schläge. Man wachte jetzt, daß Jochman hier gefangen gehalten werde. Männer mit Fadeln klonnen den Pfad herauf; eine schwarze Masse wimmelte

in der Schlucht, und von Zeit zu Zeit heulte es: „Jochanan! Jochanan!“

„Er bringt alles in Verwirrung“, sagte Jomathas.

„Man wird kein Geld mehr geben, wenn er fortfährt“, fügten die Pharisäer bei.

Und Gegenbeschuldigungen erhoben sich: „Schütze uns!“

„Man mache ein Ende!“

„Du verabsäumt den Glauben!“

„Gottlos wie alle Herodier!“

„Richt so wie ihr!“ erwiderte Antipas. „Mein Vater war's, der euren Tempel erbaut hat!“

Da zichen die Pharisäer, die Söhne der Gächteren, die Parteigänger des Matathias, den Tetrarchen der Verbrechen seiner Familie. Sie hatten spitze Schädel, stachelige Bärte, schwache, böse Hände oder plattnasige Gesichter, große runde Augen, eine Aehnlichkeit mit Bull-doggen. Ein Duzend von ihnen, Schreiber und Diener der Priester, die sich von dem Austausch der Opfertiere näherten, stürzten bis zum Fuß der Estrade vor, und mit Messern bedrohten sie Antipas, der auf sie einsprach, während die Zanduzer ihn nur lässig in Schutz nahmen. Er bemerkte Mannai und machte ihm ein Zeichen, daß er gehen könne, indessen Vitellius durch seine ganze Haltung darsat, daß er mit all dem nichts zu schaffen habe.

Die Pharisäer, die noch auf ihren Traktirien lagen, gerieten in die Raserei von Besessenen. Sie zerbrachen die Platten, die sie vor sich hatten; man verdahte ihnen das von Wäcnas so sehr geschätzte Rapout von wildem Esel, und das war unreines Fleisch.

Aulus verspottete sie, weil sie einen Efelkopf andieten sollten, und verzapfte boshafte Witze über ihre Abneigung gegen das Schwein. Der Grund davon war sicher, daß dieses ungeschlachte Tier ihren Bacchus getötet hatte; und den Wein liebten sie deshalb im Uebermaß, weil in ihrem Tempel eine goldene Weinrebe entdeckt worden war.

Die Priester verstanden nicht, was er sagte. Rhineas, ein Galiläer von Herkunft, weigerte sich, es zu überlegen.

Da erfachte ihn eine ungemessene Wut, umso-mehr, als Asiaticus, der sich zu fürchten begonnen hatte, verschunden war. Und das Mähl mißfiel ihm: die Gerichte waren gewöhnlich, durchaus ungenügend zubereitet. Er beruhigte sich, als er Schwämme von srischen Lämmern sah, die wahre Fettbündel sind.

Der Charakter der Juden erschien Vitellius ungemein abstoßend. Ihr Gott konnte wohl jener Moseh sein, dessen Mären er auf seinem Wege gelegentlich begegnet war; und er erinnerte sich an die Kinderopfer und an den Mann, den sie auf geheimnisvolle Weise mästeten. Sein Latinerherz schüttelte sich vor Abscheu, wenn er an ihre Unduldsamkeit, an ihre ikonoklastische Wut, ihre tierischen Verirrungen dachte. Der Profansul wollte aufbrechen. Aulus weigerte sich.

Er lag — das Gewand war ihm bis zu den Hüften herabgefallen — hinter einem Haufen von Schwären, zu voll, um noch etwas zu nehmen, aber nicht willens, sich davon zu trennen.

Die Erregung des Volkes wurde noch größer. Sie gaben sich Unabhängigkeitsplänen hin. Man rief sich Jorazels Ruhm ins Gedächtnis zurück. Alle Eroberer waren geächtigt worden. Antigonus, Crassus, Varus.

„Zurück!“ sagte der Profansul; denn er verstand Syrisch; sein Dolmetsch diente nur dazu, ihm Zeit zur Antwort zu schaffen.

Antipas holte eiligst die Kaiserdenkmünze hervor und hielt sie, während er ihn zitternd beobachtete, ihm mit der Bildseite hin.

Plötzlich gingen die Flächen der goldenen Galerie auseinander, und in strahlendem Kerzenglanz erschien, von ihren Sklavinnen umgeben und unter Anemonengewinden, Herodias. Sie trug eine assyrische, mit einer Minubinde im Sitze erhaltene Mithra auf dem Haupt; ihre in Spiralen gelockten Haare fielen auf einen in der Länge der Kermel geschlüpigen Pappos von Scharlachstoff. Zwei steinerne Ungeheuer von der Art,

wie die Attiden welche in ihrem Schutze besaßen, ließen sie, der Türe zugewendet, der auf ihre Löwen gestützten Stühle gleichen; und von der Höhe der Balustrade herab, die über Antipas hing, rief sie, eine Schwale in der Hand erhebend: „Lang lebe Cäsar!“

Vitellius, Antipas und die Priester wiederholten diese Huldigung.

Aber aus dem Grunde des Saales drang ein Gesumm der Ueberraschung und Bewunderung. Ein junges Mädchen war soeben eingetreten.

Unter einem bläulichen Schleier, der ihr Brust und Haupt verhüllte, unterschied man die Vogen ihrer Augen, die Milchopale ihrer Ohren, die Weiße ihrer Haut. Ein vieredriges Stück Seide von Taubenhalbsfarbe bedeckte ihr die Schultern und wurde an den Lenden von einem Gürtel aus Goldschmiedearbeit festgehalten. Ihre schwarzen Hosen waren mit Mandragoren übersät, und eigentümlich unbewußt ließ sie ihre kleinen Pantoffeln aus Kolibrindunen auf die Füßchen klagen.

Als sie auf der Estrade war, schlug sie ihren Schleier zurück. Es war Herodias, wie sie einst in ihrer Jugend gewesen. Darauf begann sie zu tanzen.

Zum Rhythmus einer Note und zweier Klappern setzte sie Fuß vor Fuß. Ihre runden Arme riefen jemand, der immer entwich. Sie verfolgte ihn leichter wie ein Schmetterling, wie eine neugierige Psyche, wie eine ungeistende Seele und schien jetzt und jetzt wegstiegen zu wollen.

Die traurigen Töne der Ginyren lösten die Klappern ab. Der Hoffnung war Verzagttheit gefolgt. Ihre Stellungen drückten Teufel aus und ihre ganze Erscheinung eine so brünstige Sin-gabe, daß man nicht wußte, ob sie um einen Gott weinte oder in seiner Lieblosung verging. Die Lider halb geschlossen, drehte sie ihren Leib, wiegte sie ihren Bauch, daß er sich wie tanzende Meeres-wogen bewegte, ließ sie ihre zwei Brüste schüttern, ihr Gesicht aber blieb starr, und ihre Füße hielten nicht inne.

(Schluß folgt.)

Kunst und Wissen.

„Lafaien“ von Alexander Dajg, Neues Deutsches Theater. Herr Kramer als fürstlich-dunkelsteinsten Oberammerdeiner Pimpfänger agieren zu sehen, bietet einen Genuss, der wieder für eine Reihe mißbegünstigter Theaterabende reichlich entschädigt. Die trefflich gezeichnete Lafaienkomödie erhält, trotz ihrer durchwegs dankbaren Rollen, ihres immer natürlichen, erfolgreicheren Humors und nicht zuletzt ihres im Milieu begründeten Pointenreichtums erst durch Kramers virtuose Spielkunst Glanz und Farbepracht. Wahrlich, an diesem Oberlafai ist jeder Zoll ein Fürst von Dunkelstein-Schwarzenbergischem Geblüt. In der Debutantin, Fräulein So Bertram, fand Kramer eine Partnerin, die im Laufe des Abends durch ein eminentes Darstellungs- und Sprechvermögen aufs angenehmste überraschte. Die junge Dame wirkte durch ihr brillantes und degagiertes Spiel und würde zweifellos als Salon-dame im Konversationsklub eine Bereicherung unseres Ensembles bedeuten. Daß sie neben Kramer mit bestem Gelingen bestehen konnte, ist wohl eine Empfehlung, die für sie spricht. Köstlich waren die anderen Kollegen Lafaien aus dem feudalen Hause, besonders die Herren Bauer, Hörbiger und

Stadler und, nicht zu vergessen, Frau Medel-stra. Es war ein prächtiger Abend. O. R.

Abend moderner tschechischer Autoren. (Vortrag Otto Bid - Vorlesung Emil Rainer). Es ist warm zu begrüßen, daß tschechische Studenten internationaler Gesinnung Abende veranstalten, an denen deutsche und tschechische Literatur dem Publikum durch Vortrag und Rezitation vermittelt werden soll. In der vergangenen Woche sprach der tschechische Romanist und Dichter Otakar Fischer im Studentenheim am Albertow über Goethe, am Dienstag stellte sich der bekannte Dichter und Uebersetzer tschechischer Literaturwerke Otto Bid und die Schauspielerin des Deutschen Theaters Fräulein Rainer in den Dienst der Sache. Der Abend war den Modernisten unter den tschechischen Autoren, Vezina, Vezrue, Svamek und Capel gewidmet. Otto Bid entwarf in scharfen Strichen eine Charakteristik dieser vier Persönlichkeiten und verwies besonders auf das elementare, allen gemeinsame Grundstreben nach dem Menschentum und der Weltverbesserung. Fräulein Rainer las mit Wärme und inniger Kraft Proben aus dem Schaffen der Dichter, unter denen die stärkste Wirkung die Gedichte von Vezrue sowie das vom Atem reinster Kindlichkeiten umwehte Kapitel aus Kramers Roman „Der silberne Wind“ übten. Der Erfolg des

Abends war groß. Veranstaltungen dieser Art verdienen das wärmste Interesse des Publikums. O. K.

Premiere „Der Günstling der Jarin“. Die Samstag-Vorstellung beginnt bereits mit Rücksicht auf die Nachvorstellung um halb 7 Uhr, die Sonntagsvorstellung um 7 Uhr.

Uraufführung „Die Flucht nach Venedig“, Gastspiel Blanche Dergan. In den morgen, Samstag, und Sonntag stattfindenden ersten Aufführungen des neuesten Kaiser-Dramas „Die Flucht nach Venedig“ wirken in den Hauptrollen Blanche Dergan a. G., Sonik Rainer, Elli Kollo und Hugo Firmbach, Friedrich Höglin und Hans Hellm. Koch.

Ensemblegastspiel Intimes Theater-Berlin. Das unter der künstlerischen Leitung Gustav Heppners stehende Berliner Intime Theater absolviert morgen, Samstag, 10 Uhr nachts, im Neuen Theater mit den in Berlin über 30mal vor ausverkauften Häusern aufgeführten amüsanten Einaktern „Lauf doch nicht immer so nackt herum“, „Gustav, es blüht“, „Die Peitsche und...“, „Besuch im Bett“ ein einmaliges Gastspiel (für Jugendliche ist die Vorstellung nicht geeignet).

Neues Theater. Heute, Freitag, Gastspiel Aulfa

„Ranon“: Sonntag nachmittags die Gesangsposse „Er und seine Schwester“.

Kleine Bühne. Morgen und Sonntag abends Uraufführung „Die Flucht nach Venedig“ mit Blanche Dergan als George Sand. Sonntag nachm. Lothars Lustspiel „Casanovas Sohn“.

Brie'lassen.

Krematorium. Der Verbrennungsprozess dauert ohne Zeremonien durchschnittlich eine bis eineinhalb Stunden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Jugend“ von Max Halbe, ein glänzendes und bekanntes Liebesdrama, spielt von diesem Freitag an Lido-Bio, Havlicova ul. 5. 1429

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Für jede Küche! Die neuen Rezeptbücher umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an **Dr. OETKER'S Backpulverwerke, Brünn**

Neben unserem vielbewährten Oetkers Backpulver „Backin“ und Oetkers Vanillinzucker sind wieder zu haben: Oetkers Puddingpulver, Oetkers Hausnatron, Oetkers Regina-Spisegeleatine

Zusatz mit Vanillin-, Mandel- u. Schokolade-Geschmack. Weiss und rot.

Wo nicht erhältlich, bestelle man direkt bei der Fabrik.

Baltwirtschaft und Sozialpolitik.

Der französische Gewerkschaftskongress.

Nach viertägigen Verhandlungen ist der Kongress der französischen Gewerkschaften in voller Einheit geschlossen worden. Diese eigentümlich selbstverständliche Tatsache ist in der Geschichte der letzten dreißig Jahre der französischen Gewerkschaften eine Neuheit. Es war sozusagen ständige Tradition, daß sich die französischen Gewerkschaften in Richtungen teilten. Seit 1917 war dieser Richtungsstreit vornehmlich ein Kampf zwischen den von Moskau dirigierten Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftsführer, die bemüht waren, die französischen Gewerkschaften aus der Periode der Agitation in die der praktischen Gewerkschaftsarbeit hinüberzuführen. Mit der Spaltung hat dieser Kampf ein Ende gefunden. Die Moskauer, die nun auf sich allein gestellt sind, und dadurch auf ihre tatsächliche Bedeutungslosigkeit reduziert wurden, hatten an den Gewerkschaftskongress ein langes Schreiben gerichtet, in dem sie die bekannte „Einheitsfront“ und darüber hinaus die Einberufung eines gemeinsamen Gewerkschaftskongresses vorschlugen. Der Zweck dieses Manövers lag klar zutage. Es sollte der Anschein erweckt werden, als seien es die Kommunisten, die die Einheit wünschten. Wäre der Gewerkschaftskongress auf dieses Manöver hereingefallen, dann würde man dem alten Janz nur die Tür geöffnet und zugleich den kommunistischen Gewerkschaftsprengern die Gelegenheit gegeben haben, ihre verderbliche Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Gewerkschaftskongress ist zum Schmerz der Kommunisten auf dieses doppelte Manöver nicht hineingefallen. Nach eingehender Beratung nahm er eine Resolution an, in der darauf hingewiesen wird, daß die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen allen offen stehen und daß ein Gewerkschaftskongress auf Antrag dieser Organisationen jederzeit einberufen werden kann. Die Einheit der Gewerkschaften sei nur möglich innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes und der Internationale von Amsterdam.

Der Gewerkschaftskongress befahte sich auch mit der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen. Er billigte durchaus die Haltung der Leitung des Gewerkschaftsbundes, die gegen die Ruhrbesetzung eine intensive Agitation im ganzen Lande entfaltet hat. Jouhaux wies dabei besonders auf die Tatsache hin, daß die Kommunisten der Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes, um die Reparationsfrage zu einer Lösung im Interesse der Völker Deutschlands und Frankreichs zu bringen, bisher Knüttel zwischen die Beine geworfen haben. Die Kommunisten hatten immer behauptet, daß die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete die Arbeiterchaft nicht bekümmert habe. Das sei ein „Wiederaufbau des Kapitalismus“. Im gleichen Maße haben sich die französischen Kapitalisten einer vernünftigen Lösung entgegen gestellt.

Im allgemeinen beschäftigte sich der Kongress vor allem mit der inneren Ausgestaltung der französischen Organisation. Er erhöhte die Beiträge, beschloß die Aufrechterhaltung des „Peuple“, des offiziellen Tagblattes des Gewerkschaftsbundes, und nahm Stellung zu den aktuellen sozialpolitischen Fragen.

Die Geschäftsordnung des Wirtschaftsbeirates bildete den Gegenstand der Beratungen einer Sitzung des Organisationsausschusses des Beirates, die gestern stattfand. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund waren die Genossen Dr. Schatz (Reichenberg) und Dr. Strauß (Prag) anwesend. Der Entwurf zur Geschäftsordnung wurde vom Ausschusse fertiggestellt und gelangt nun ins Plenum des Wirtschaftsbeirates.

Die Wirkung der Ruhrbesetzung auf die französische Industrie ist nach den Feststellungen

der französischen Blätter geradezu katastrophal. In Lothringen waren am 1. Jänner 40 Hochöfen in Betrieb, von denen bis zum 27. Jänner 13 ausgelöscht werden mußten. Nur in zwei Unternehmungen konnten alle Hochöfen in Betrieb gehalten werden. Im Bezirk Longwy-Ranch sieht es nicht viel besser. Von dem am 1. November 1922 in Betrieb befindlichen 40 Hochöfen wurden bisher 14 gelöscht. Die Ursachen dieser Betriebseinschränkungen sind ohne Zweifel in dem Verlust des deutschen Koks zu suchen. Nach den letzten glaubhaften Informationen erhielt das Office des Hoவில்dres Sinistrées in der Zeit vom 1. bis 12. Jänner nur noch 151.500 Tonnen gegenüber einer Tageslieferung von 28.000 Tonnen pro Tag im Dezember. Vom 13. bis 16. Jänner sank die Kokslieferung auf ein Fünftel der normalen Zufuhr, und zwar auf insgesamt 22.800 Tonnen. Am 18. Jänner betrug die Lieferung nur noch 600 und am 19. Jänner nur noch 20 Tonnen. Auch die Zufuhr von belgischem Koks verlag. Die französische Industrie richtet sich auf eine lange Dauer dieser Brennstoffknappheit ein. „Journes industrielle“ spricht davon, daß es sechs Wochen dauern werde, bis wieder eine normale Zufuhr von der Ruhr zu erwarten sei. Es besteht Grund zu der Annahme, daß, solange Frankreich mit seiner Gewaltpolitik fortfährt, an eine normale Koks- und Kokslieferung aus dem Ruhrgebiet und aus Deutschland überhaupt nicht zu rechnen sei.

Deutschlands Wirtschaftslage im Jänner. Der Monat Jänner stand, wie auch die beiden letzten Monate des Jahres 1922, im Zeichen einer Verschlechterung der Wirtschaftslage. In immer höherem Maße steigt das Angebot ungelernter Arbeitskräfte, insbesondere im Bergbau. Der Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet hat nach den Berichten der preussischen Handelskammern das wirtschaftliche Leben im Januar nicht in erheblichem Ansätze gestört. Im besetzten Gebiet nahm die Produktion der Großindustrie ihren Fortgang. Im unbesetzten Deutschland hatte das Aufhören der Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien eine rückläufige Koks- und Kohlenzufuhr zur Folge. Die Arbeitsleistung im Ruhrbergbau läßt sich für den verfloßenen Monat naturgemäß noch nicht übersehen. In Oberschlesien steh die arbeitsmäßige Durchschnittsförderung mit 31.512 Tonnen und einer Gesamtförderung von 788.000 Tonnen nicht hinter dem Ergebnis des Vormonats zurück. Am 10. Januar wurde in Oberschlesien die bisher höchste Förderleistung von 33.407 Tonnen erreicht. Die ostpreussische Kohlenförderung stellte sich auf etwa 80.000 Tonnen Kohle. Bei dem Versand der westpreussischen Kohle fand das Ausland nur in beschränktem Maße Berücksichtigung. Dagegen ging die Kohle aus Oberschlesien in verstärktem Maße nach der Tschechoslowakei, Rumänien, der Schweiz, Dänemark und Schweden. Der Versand nach Deutschland und Deutschösterreich erfuhr eine weitere Verringerung. Im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet ließ die Braunkohlenerzeugung gegenüber dem Dezember etwas nach, während sie im rheinischen Braunkohlenggebiet eine Steigerung erfuhr. Die Versorgung der Hüttenwerke mit Brennstoffen bereitete im abgelaufenen Monat keine Schwierigkeiten. Auch die Heranschaffung von Auslandsgeräten ging im Wesen glatt vonstatten, während der Bezug von Minette infolge der politischen Ereignisse vollständig eingestellt wurde. Die Beschaffung von Inlandsgeräten war schwierig, die Belieferung mit Kalk und Kalkstein ungenügend. An Kohleisen herrscht eine so große Knappheit, daß in den Spezialorten den Verbrauchern vom Kohleisen-Syndikat nur geringe Mengen zugeteilt werden können.

Wertbeständige Anleihen. Durch das katastrophale Sinken des Marktkurses ist in Deutschland eine allgemeine Flucht vor der Mark eingetreten. Kein Mensch, der Geld hat, will dieses Geld in Form von Papiermark aufbewahren, weil er sich

fürchtet, daß dessen Wert schon am nächsten Tage weit geringer ist. Deshalb kaufen weite Bevölkerungskreise fremde Devisen, wodurch natürlich der Kurs der Mark noch mehr heruntergedrückt wird. Um nun diese eine Ursache des Kurssturzes der Mark aus der Welt zu schaffen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits vor längerer Zeit der Reichsfinanzverwaltung empfohlen ein wertbeständiges Papier herauszugeben, das entweder auf Goldmark oder fremde Devisen lautet und durch dessen Besitz sich jedermann vor so katastrophalen Kursverlusten, wie sie der Kurssturz der Mark mit sich gebracht hat, schützt. Dadurch würde die Nachfrage nach Devisen eingeschränkt werden und Devisen würden nur diejenigen kaufen, die sie zur Bezahlung ausländischer Waren brauchen. Im deutschen Reichswirtschaftsrat, wo schon vor einiger Zeit dieser Gedanke zur Erwörterung stand, hat seinerzeit der Reichsbankpräsident Havenstein den Plan als unmöglich und gefahrlos dargestellt. Inzwischen haben aber einige deutsche Einzelstaaten bereits solch wertbeständige Papiere herausgegeben, so zum Beispiel Baden, wo der Kohlenpreis als Grundlage gilt, Mecklenburg, Oldenburg und Preußen, wo als Maßstab der Roggenpreis eingesetzt ist. Nun wird wohl auch das Reich dazu übergehen, ein solch wertbeständiges Papier zu schaffen. Freilich wäre tausenden von Menschen viel erspart geblieben, wenn man die Ratsschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion früher befolgt hätte.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	240,-	Frank	1585,00
Wien	211,-	Mark	9950,00
		Dicerr. Kr.	2112

Züricher Schlusskurse.

	Geld	Ware
Paris	32,70/00	32,85/00
London	24,91/00	24,94/00
Berlin	00,01/52	0,01/57
National	25,75/00	25,85/00
Holland	211,-	211,50
Wien	0,00/74	0,00/75
Budapest	0,20/00	0,20/50
Brä.	15,75	15,85
New York	5,33/00	5,33/75
Belgrad	00,4/85	00,5/40
Warschau	0,01/24	0,01/22
Wien gest.	0,00/00	0,00/00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1393,00	1397,00
100 Mark	900,00	110,00
100 schweiz. Frank	646,75	649,25
100 Lire	166,75	168,25
100 franz. Frank	213,25	214,75
1 Pfund Sterling	160,875	162,375
1 Dollar	34,3/00	34,70/00
100 belg. Frank	191,25	192,75
100 Dinar	32,50	33,00
100 dicerr. Kronen	0,04/775	0,05/275
100 poln. Mark	800,00	1300,00
100 magyat. Kronen	134,50	144,50

Turnen und Sport.

Kleine Sportnachrichten. Am Samstag, beziehungsweise Sonntag weilen die Spielvereinigungen Leipzig und die Leipziger Sportfreunde in Prag als Gast. Die Leipziger Sportfreunde spielen am Sonntag gegen DFC, die Spielvereinigung Leipzig am Samstag gegen Brkovic und am Sonntag gegen Slavia. — Sparta eröffnet ihre Frühjahrssektion am Sonntag mit einem Freundschaftsspiel gegen Meteor 8. — Schaffer, der seinerzeit auch in Prag bei der Sparta spielte, hat seinen Stammsportverein M.A. Budapest wieder verlassen und sich bei den Wiener Amateuren angemeldet. — Die Mannschaft des Hauptverbandes der Deutschen Wintersportvereine in der Tschechoslowakei gewann in Braunlage den großen Skistaffellauf über 30 Kilometer in 3 Stunden 2:24 vor dem böhmischen Eisverband. Damit gewann das deutschböhmische Team die Deutsche Meisterschaft im Skistaffellauf.

Vitello

MARGARETHE

Delikatess

CELESTE

Diese Marke bürgt für beste Qualität

1410

Bio-Programm

vom 9. bis 15. Feber.

Lido-Bio Max Halbe's „Jugend“

Glänzendes Liebesdrama in 5 Akten 1430

In der Hauptrolle MARGARETHE REINWALD.

Bio Sanssouci

Premiere **Lucrezia Borgia**

Monumentalfilm von RICHARD OSWALD. 1431

Wo verkehren wir?

Café Continental, in Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, in Prag-Metazanta.

Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus** Prag, Smecch 22 (Urania). 1020

Café „Nizza“

Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft **„Lidový dům“** der Genossenschaft „Ganymed“

Tägliche Konzerte **PRAG II.** Hybernska Nr. 7.

Teplitz-Schönau.

CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.